

Ratsleitung GGR

An den Grossen Gemeinderat

## W i n t e r t h u r

Ausführungsbestimmungen zum Jugendvorstoss und Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern; Namensanpassungen (9. Nachtrag zur Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates)

---

### **Anträge:**

1. Die Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates wird mit einem 9. Nachtrag wie folgt geändert:

#### **a. Art. 82a (neu) Jugendvorstoss**

<sup>1</sup> Mindestens 50 Jugendliche zwischen dem vollendeten zwölften und dem vollendeten 18. Altersjahr, die gemäss § 1 lit. a. des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Jugendvorstoss einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 26 Jugendlichen an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Jugendvorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Jugendvorstoss enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,
- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsergebnisse und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

#### **Art. 82b (neu) Jugendvorstoss, Verfahren**

<sup>1</sup> Ein Jugendvorstoss ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 50 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentssitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Jugendvorstoss dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Jugendvorstoss innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Jugendvorstoss erledigt.

#### **b. Art. 82c Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern**

<sup>1</sup> 100 oder mehr volljährige Ausländerinnen und Ausländern, die gemäss § 1 lit. a. des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) seit mindestens zwei Jahren eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 51 Ausländerinnen und Ausländern an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,
- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsergebnisse und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

#### **Art. 82d Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern, Verfahren**

<sup>1</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 100 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentssitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern erledigt.

### **c. Namensanpassungen aufgrund der geänderten Bezeichnung in der Gemeindeordnung**

Der Titel der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates lautet neu «Geschäftsordnung des Stadtparlaments». Im Übrigen werden die Bezeichnungen wie folgt ersetzt (siehe Anhänge1 [Synopsis] und 2 [neue Fassung der Geschäftsordnung]):

- I. «Grosser Gemeinderat» und «Rat» durch «Stadtparlament»
- II. «Ratsorganisation» durch «Parlamentsorganisation»
- III. «Ratsorgane» durch «Parlamentsorgane»
- IV. «Ratsleitung» durch «Parlamentsleitung»
- V. «Ratsmitglieder» durch «Parlamentsmitglieder»
- VI. «Ratspräsidentin» bzw. «Ratspräsident» durch «Parlamentspräsidentin» bzw. «Parlamentspräsident»
- VII. «Ratsschreiber» durch «Parlamentsschreiber»
- VIII. «Ratssekretär» durch «Parlamentssekretär»
- IX. «Ratsprotokoll» durch «Protokoll»
- X. «Ratssaal» durch «Parlamentssaal»

2. Dieser 9. Nachtrag tritt auf den 1. Januar 2022 in Kraft.

### **Weisung:**

#### **1. Zusammenfassung**

Der Grosse Gemeinderat verabschiedete am 29. März 2021 die totalrevidierte Gemeindeordnung. Mit der neuen Gemeindeordnung wurden zwei neue Vorstossarten eingeführt: der Jugendvorstoss und der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern. Damit von den beiden

Vorstossarten Gebrauch gemacht werden kann, muss der Grosse Gemeinderat vorgängig Ausführungsbestimmungen erlassen. Diese werden dem Grossen Gemeinderat mit dem vorliegenden Antrag unterbreitet, der hauptsächlich das Verfahren der beiden neuen Vorstösse regelt.

Daneben sieht die neue Gemeindeordnung auch eine Namensänderung für den Grossen Gemeinderat vor. Die neue Bezeichnung lautet «Stadtparlament» und soll ebenfalls auf den Zeitpunkt der Einführung der neuen Gemeindeordnung eingeführt werden. Alle übrigen Änderungen der Geschäftsordnung werden dem Grossen Gemeinderat mit einer separaten, zukünftigen Vorlage beantragt.

## **2. Ausgangslage**

Am 29. März 2021 verabschiedete der Grosse Gemeinderat mit 47:11 Stimmen eine neue Gemeindeordnung (GGR-Nr. 2020.47). Die entsprechende obligatorische Volksabstimmung findet am 26. September 2021 statt. Wenn die Stimmbevölkerung zustimmt, wird die neue Gemeindeordnung am 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Die neue Gemeindeordnung enthält zwei bisher in Winterthur nicht bekannte Vorstossarten. Mit dem *Jugendvorstoss* können 50 Jugendliche zwischen dem zwölften und dem 18. Lebensjahr einen Vorstoss einreichen. Die ausländische Bevölkerung Winterthurs hat neu ebenfalls die Möglichkeit, einen Vorstoss einzureichen. Für einen «*Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern*» werden 100 Unterschriften von ausländischen Personen benötigt, die seit mindestens zwei Jahren in Winterthur wohnhaft sind. Die materiellen Voraussetzungen für die Einreichung der beiden Voraussetzungen wurden weitestgehend bereits auf Stufe der Gemeindeordnung geregelt. Die Ausführungsbestimmungen zu den beiden Vorstossarten werden in der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates verankert, da die Abläufe denjenigen des Postulats ähneln (siehe nachfolgend 3. und 4.).

## **3. Jugendvorstoss**

### **3.1 Vorgaben der neuen Gemeindeordnung**

Artikel 23 der neuen Gemeindeordnung zum Jugendvorstoss lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Mindestens 50 Jugendliche zwischen dem vollendeten 12. Lebensjahr und dem Erreichen des politischen Stimmrechtsalters auf kommunaler Ebene mit Wohnsitz in Winterthur können dem Stadtparlament einen Jugendvorstoss in der Form eines Postulats einreichen.

<sup>2</sup> Der Gegenstand des Jugendvorstosses muss in der Zuständigkeit des Stadtparlaments liegen. Vorbehalten bleibt die Möglichkeit zur Einreichung einer Petition bei jeder Behörde von Winterthur, insbesondere beim Stadtrat, der Schulpflege oder der Sozialhilfebehörde.

<sup>3</sup> Der Jugendvorstoss ist im Rahmen einer Versammlung zu beschliessen. Der Text des Jugendvorstosses hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten und ist von den Jugendlichen eigenhändig zu unterschreiben unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums.

### **3.2 Ausführungsbestimmungen in der Geschäftsordnung**

Die Ausführungsbestimmungen zum Jugendvorstoss werden in den neuen Artikeln 82a und 82b der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates geregelt. Damit befinden sie sich systematisch zwischen den parlamentarischen Vorstössen (Art. 65 ff.) und der Fragestunde (Art. 83).

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Art. 82a Abs. 1: Im ersten Absatz werden der Vollständigkeit halber die Vorgaben der Gemeindeordnung wiederholt, wonach ein Jugendvorstoss von mindestens 50 Jugendlichen

zwischen dem zwölften und dem 18. Altersjahr eingereicht werden kann. Die neue Gemeindeordnung schreibt in Art. 23 Abs. 1 ebenfalls vor, dass nur Jugendliche mit Wohnsitz in Winterthur unterzeichnungsberechtigt sind. Da der Begriff «Wohnsitz» verschieden definiert werden kann, wird in den Ausführungsbestimmungen diesbezüglich auf das kantonale Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister verwiesen. Damit wird klargestellt, dass Jugendliche gemeint sind, die in Winterthur wohnhaft und korrekt angemeldet sind. Das Bürgerrecht spielt hingegen keine Rolle. Auch ausländische Jugendliche können einen Jugendvorstoss einreichen, wenn sie die Altersvorgaben und die Wohnsitzvoraussetzung erfüllen.

Art. 82a Abs. 2: Die neue Gemeindeordnung verlangt in Art. 23 Abs. 3, dass der Vorstoss «im Rahmen einer Versammlung» beschlossen wird. Dass es sich dabei um eine *physische* Versammlung handeln muss, geht bereits aus dem Antrag des Stadtrats zur Totalrevision der Gemeindeordnung hervor (GGR-Nr. 2020.47, Antrag Stadtrat, Ziff. 4.1.3) und wurde im Rahmen der Parlamentsdebatte nie bestritten. Von Seiten der Mitglieder des Jugendparlaments und der städtischen Jugendbeauftragten wurde indessen gefordert, dass nicht sämtliche 50 unterzeichnenden Jugendlichen auch tatsächlich an einer Veranstaltung teilnehmen müssen. Es soll vielmehr möglich sein, einige Unterschriften auch nachträglich einzuholen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass es heutzutage nicht realistisch sei, Jugendliche in derart grosser Zahl zur Teilnahme an einer physischen Versammlung motivieren zu können. Da auf Stufe Gemeindeordnung nicht verlangt wird, dass sämtliche 50 Jugendlichen an der Versammlung teilnehmen, ist die Ratsleitung bereit, diesem Anliegen Rechnung zu tragen. Aus Sicht der Ratsleitung sollte der Jugendvorstoss an der Versammlung selber aber von einer Mehrheit der 50 Jugendlichen beschlossen werden. Dementsprechend sieht Absatz 2 vor, dass mindestens 26 berechnigte Jugendliche an einer Versammlung anwesend sein und dem Vorstoss zustimmen müssen. Die restlichen 24 Unterschriften können nachträglich eingeholt werden.

Art. 82a Abs. 3: Hier wird festgehalten, was auch für die parlamentarischen Vorstösse gilt: Ein Jugendvorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Zudem muss dieser Gegenstand aufgrund der Bestimmung in Art. 23 Abs. 2 der neuen Gemeindeordnung in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen. Jugendvorstösse dürfen damit nur eingereicht werden, wenn sie beispielsweise die Änderung einer Rechtsverordnung verlangen oder einen Kredit in der Zuständigkeit des Parlaments zum Inhalt haben. Diese Einschränkung des Anwendungsbereichs unterscheidet den Jugendvorstoss von einem Postulat.

Art. 82a Abs. 4: Dieser Absatz bestimmt, welche Angaben ein Jugendvorstoss enthalten muss. Es ist beabsichtigt, dass der Parlamentsdienst ab 1. Januar 2022 eine Mustervorlage auf der Webseite des Stadtparlaments zum Download bereitstellen wird. Eine Vertretung (lit. c.) muss bezeichnet werden, damit die Ratsleitung und der Parlamentsdienst eine Ansprechperson haben. In lit. d. wird festgelegt, welche Angaben ein Beschlussprotokoll einer Versammlung enthalten muss.

Art. 82a Abs. 5 ermächtigt die Mehrheit der einreichenden Jugendlichen, den Vorstoss schriftlich zurückzuziehen. Dies ist – wie bei einem Postulat – nicht mehr möglich, sobald der Vorstoss vom Parlament an den Stadtrat überwiesen wurde.

Art. 82b Abs. 1 hält fest, dass ein Jugendvorstoss schriftlich beim Parlamentsdienst eingehen muss. Ebenfalls denkbar ist, dass ein Jugendvorstoss vor oder nach einer Parlaments-sitzung der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten persönlich überreicht wird.

Art. 82b Abs. 2: Die städtische Einwohnerkontrolle, die auch Unterschriften im Rahmen von Volksinitiativen und –referenden prüft, wird innert 30 Tagen ab Erhalt kontrollieren, ob die aufgeführten Jugendlichen das geforderte Alter aufweisen und in Winterthur wohnhaft sind.

Art. 82b Abs. 3: Ergibt die Überprüfung durch die Einwohnerkontrolle, dass mindestens 50 gültige Unterschriften vorhanden sind, informiert sie den Parlamentsdienst. Dieser wird den Jugendvorstoss mit dem nächstmöglichen Ratsversand dem Grossen Gemeinderat, dem

Stadtrat und den weiteren Empfängerinnen und Empfängern elektronisch zusenden. Wie andere zur Überweisung eingegangene Vorstösse auch, wird ein solcher Jugendvorstoss an einer der nächsten Ratssitzungen traktandiert.

Art. 82b Abs. 4: Der Parlamentsdienst wird sich mit der in Art. 82a Abs. 4 lit. c. genannten Vertretung der Jugendlichen in Verbindung setzen und diese Person über den Ablauf der Parlamentsdebatte informieren. Die Vertreterin oder der Vertreter haben das Recht, den Jugendvorstoss im Grossen Gemeinderat im Rahmen der Überweisungsdebatte kurz mündlich zu begründen.

Art. 82b Abs. 5: Anschliessend beschliesst der Grosse Gemeinderat mit einfachem Mehr, ob der Jugendvorstoss an den Stadtrat überwiesen wird. Findet der Vorstoss keine Mehrheit, wird er als erledigt abgeschlossen. Die Jugendlichen haben dann die Möglichkeit, ihren Vorstoss als Petition einzureichen.

Art. 82b Abs. 6: Der Stadtrat hat bei Postulaten zwölf Monate Zeit, um dem Grossen Gemeinderat einen Bericht zu unterbreiten. Diese Frist erscheint bei einem Anliegen, das von mindestens 50 Jugendlichen eingereicht wurde, deutlich zu lange. Sie ist daher auf sechs Monate zu reduzieren. Sollte ein halbes Jahr einmal nicht ausreichen, kann der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine Fristverlängerung beantragen.

Art. 82b Abs. 7: Die Kenntnisnahme des Berichts zu einem Jugendvorstoss entspricht dem Verfahren eines Postulats. Der Grosse Gemeinderat nimmt entweder in zustimmendem oder in ablehnendem Sinn Kenntnis vom Bericht des Stadtrats. Verlangt das Parlament keinen Ergänzungsbericht, ist der Jugendvorstoss abgeschlossen. Andernfalls ist dem Grossen Gemeinderat innert weiterer sechs Monate ein Ergänzungsbericht vorzulegen. Mit der zustimmenden oder ablehnenden Kenntnisnahme des Ergänzungsberichts ist der Vorstoss erledigt.

#### **4. Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern**

##### 4.1 Vorgaben der neuen Gemeindeordnung

Artikel 24 der neuen Gemeindeordnung zum Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern lautet wie folgt:

<sup>1</sup> Mindestens 100 volljährige Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zwei Jahren Wohnsitz in Winterthur haben, können dem Stadtparlament einen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern in der Form eines Postulats einreichen.

<sup>2</sup> Der Gegenstand des Vorstosses von Ausländerinnen und Ausländern muss in der Zuständigkeit des Stadtparlaments liegen. Vorbehalten bleibt die Möglichkeit zur Einreichung einer Petition bei jeder Behörde von Winterthur, insbesondere beim Stadtrat, der Schulpflege oder der Sozialhilfebehörde.

<sup>3</sup> Der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern ist im Rahmen einer Versammlung zu beschliessen. Der Text des Vorstosses hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten und ist von den Ausländerinnen und Ausländern eigenhändig zu unterschreiben unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums.

##### 4.2 Ausführungsbestimmungen in der Geschäftsordnung

Die Ausführungsbestimmungen zum Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern werden in den neuen Artikeln 82c und 82d der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates geregelt. Das Verfahren entspricht demjenigen des Jugendvorstosses, weshalb auf die entsprechenden Ausführungen (3.2) verwiesen werden kann. Die folgenden Bestimmungen weisen vom Jugendvorstoss ab und werden daher nachfolgend speziell erläutert:

Art. 82c Abs. 1: Gemäss den Vorgaben von Art. 24 Abs. 1 der neuen Gemeindeordnung werden hier die wichtigsten Voraussetzungen wiederholt. Ein Vorstoss von Ausländerinnen und

Ausländern benötigt 100 Unterschriften von volljährigen Ausländerinnen und Ausländern, die seit mindestens zwei Jahre Wohnsitz in Winterthur haben. Wie beim Jugendvorstoss wird der Begriff «Wohnsitz» mit einem Verweis auf das kantonale Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister definiert. Dies hat zur Folge, dass sämtliche Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zwei Jahren in Winterthur wohnhaft und korrekt angemeldet sind, unterzeichnungsberechtigt sind. Die Art der Aufenthaltsbewilligung ist grundsätzlich nicht massgebend. Personen mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung (L) dürften in der Regel aber aufgrund der zweijährigen Wohnsitzvoraussetzung ausser Betracht fallen. Kurzaufenthaltsbewilligungen werden für maximal 364 Tage erteilt.

Art. 82c Abs. 2: Wie beim Jugendvorstoss verlangt die neue Gemeindeordnung auch beim Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern nicht, dass sämtliche 100 einreichenden Personen an einer physischen Versammlung teilnehmen. Damit die ausländischen Personen gegenüber den Jugendlichen nicht benachteiligt werden, wird auch hier vorgesehen, dass nur etwas mehr als die Hälfte der 100 Personen dem Vorstoss an einer Versammlung zustimmen muss. Absatz 2 regelt deshalb, dass mindestens 51 (berechtigte) Ausländerinnen und Ausländer an einer physischen Versammlung anwesend sein und einem Vorstoss zustimmen müssen. Die restlichen 49 Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

Für die weiteren Bestimmungen und insbesondere betreffend das Verfahren wird auf die gleichlautenden Bestimmungen beim Jugendvorstoss verwiesen.

## **5. Zeitpunkt des Inkrafttretens**

Gemäss Art. 74 der neuen Gemeindeordnung stehen die beiden neuen Vorstossarten erst dann zur Verfügung, wenn der Grosse Gemeinderat die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen hat und diese rechtskräftig wurden. Stimmt die Stimmbevölkerung der neuen Gemeindeordnung zu, wird diese am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Damit es ab diesem Datum möglich ist, von den neuen Vorstossarten Gebrauch zu machen, sind die vorliegenden Ausführungsbestimmungen ebenfalls auf den 1. Januar 2022 in Kraft zu setzen.

*Die Berichterstattung vor dem Grossen Gemeinderat ist der Ratsleitung des Grossen Gemeinderates übertragen.*

Für die Ratsleitung

Die Präsidentin:

M. Sorgo

Der Ratschreiber:

M. Bernhard

Anhänge:

1. Synopse Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat
2. Geschäftsordnung Grosser Gemeinderat inkl. 9. Nachtrag



Unveränderte Artikel / Titel / Anhänge ausblenden

[?] – 9. Nachtrag GeschO GGR (Ausführungsbestimmungen  
Jugend-/Ausl.vorstoss und Namensanpassungen)  
Geltendes Recht [marc.bernhard@win.ch]

[?] – 9. Nachtrag GeschO GGR (Ausführungsbestimmungen  
Jugend-/Ausl.vorstoss und Namensanpassungen)  
9. Nachtrag GeschO GGR / Fassung RL Entwurf [marc.bernhard@win.ch]

1.2-1

## Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GeschO GGR)

vom 01.03.2010 (Stand 01.08.2019)

Gestützt auf Art. 28 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung erlässt der Grosse Gemeinderat folgende Geschäftsordnung:

### 1 Ratsorganisation

#### Art. 1

##### Ratsorgane

<sup>1</sup> Ratsorgane sind die Ratsleitung, die Kommissionen, die Fraktionen und die Interfraktionelle Konferenz.

#### Art. 2

##### Ratsleitung

<sup>1</sup> Die Ratsleitung besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der ersten Vizepräsidentin oder dem ersten Vizepräsidenten, der zweiten Vizepräsidentin oder dem zweiten Vizepräsidenten und der Ratsschreiberin oder dem Ratsschreiber. Die Ratsschreiberin oder der Ratsschreiber hat beratende Stimme und ein Antragsrecht, jedoch kein Stimmrecht.

<sup>2</sup> Die Ratsleitung

- vertritt den Rat nach aussen;
- ist Ansprechpartnerin des Stadtrates für Belange, die das gesamte Parlament betreffen;
- koordiniert die Tätigkeit der Kommissionen;
- kann bei Gegenständen im eigenen Wirkungsbereich des Grossen Gemeinderates selbständig Antrag an den Rat stellen;
- erledigt Aufgaben, welche ihr vom Rat übertragen werden;
- budgetiert die Ausgaben des Rates und bewilligt im Rahmen des Budgets Ausgaben im Einzelfall bis 40'000 Franken, vorbehaltlich Art. 3 Abs. 2 lit. f. sowie Art. 4 Abs. 2 lit. d.;
- setzt die Ausführungsprioritäten für die Finanzkontrolle gemäss Art. 12 Abs. 2;
- ist zuständig für alle übrigen Aufgaben des Rats, die nicht diesem oder einem anderen Ratsorgan übertragen sind.

<sup>3</sup> Die Ratsleitung kann Aufgaben an die Präsidentin oder den Präsidenten delegieren.

#### Art. 3

##### Präsidentin, Präsident

<sup>1</sup> Die Amtsdauer der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten und der beiden Vizepräsidentinnen oder -präsidenten beträgt ein Jahr. Sie werden vom Grossen Gemeinderat in der ersten Sitzung des Amtsjahres gewählt. Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident ist für das folgende Jahr nicht in die Ratsleitung wählbar.

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident:

- lädt zu den Sitzungen des Grossen Gemeinderates und der Ratsleitung ein, traktandiert die Geschäfte, leitet diese Sitzungen und trifft die dazu erforderlichen Verfügungen;
- sorgt für die Befolgung der Geschäftsordnung, für die Einhaltung des parlamentarischen Anstandes und für Ordnung im Saal;
- überwacht und leitet die Tätigkeit der Stimmzählenden;

## Geschäftsordnung des Stadtparlaments (GeschO Parl)

Gestützt auf Art. 28 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung erlässt das Stadtparlament folgende Geschäftsordnung:

### 1 Parlamentsorganisation

#### Art. 1

##### Parlamentsorgane

<sup>1</sup> Parlamentsorgane sind die Parlamentsleitung, die Kommissionen, die Fraktionen und die Interfraktionelle Konferenz.

#### Art. 2

##### Parlamentsleitung

<sup>1</sup> Die Parlamentsleitung besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der ersten Vizepräsidentin oder dem ersten Vizepräsidenten, der zweiten Vizepräsidentin oder dem zweiten Vizepräsidenten und der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber. Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber hat beratende Stimme und ein Antragsrecht, jedoch kein Stimmrecht.

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung

- vertritt das Stadtparlament nach aussen;
- ist Ansprechpartnerin des Stadtrates für Belange, die das gesamte Stadtparlament betreffen;
- kann bei Gegenständen im eigenen Wirkungsbereich des Stadtparlaments selbständig Antrag an das Stadtparlament stellen;
- erledigt Aufgaben, welche ihr vom Stadtparlament übertragen werden;
- budgetiert die Ausgaben des Stadtparlaments und bewilligt im Rahmen des Budgets Ausgaben im Einzelfall bis 40'000 Franken, vorbehaltlich Art. 3 Abs. 2 lit. f. sowie Art. 4 Abs. 2 lit. d.;

<sup>3</sup> Die Parlamentsleitung kann Aufgaben an die Präsidentin oder den Präsidenten delegieren.

<sup>1</sup> Die Amtsdauer der Parlamentspräsidentin oder des Parlamentspräsidenten und der beiden Vizepräsidentinnen oder -präsidenten beträgt ein Jahr. Sie werden vom Stadtparlament in der ersten Sitzung des Amtsjahres gewählt. Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident ist für das folgende Jahr nicht in die Parlamentsleitung wählbar.

- lädt zu den Sitzungen des Stadtparlaments und der Parlamentsleitung ein, traktandiert die Geschäfte, leitet diese Sitzungen und trifft die dazu erforderlichen Verfügungen;

- d. kann bei Ruhestörungen, wenn einer ausgesprochenen Ermahnung nicht nachgelebt wird, die Sitzung für eine von ihr oder ihm zu bestimmende Zeit oder überhaupt aufheben;
- e. weist die Sachvorlagen des Stadtrats einer oder mehreren Kommissionen zur Vorberatung und Antragstellung zu; in gleicher Weise können auch Vorstossbeantwortungen zugewiesen werden;
- f. kann im Rahmen des Budgets im Einzelfall Ausgaben bis 500 Franken bewilligen.

<sup>3</sup> Bei Verhinderung der Präsidentin oder des Präsidenten werden die Aufgaben von der ersten Vizepräsidentin oder vom ersten Vizepräsidenten und bei deren oder dessen Verhinderung von der zweiten Vizepräsidentin oder vom zweiten Vizepräsidenten ausgeübt. Besteht auch hier Verhinderung, so wählt der Rat einen Ersatz; die Wahl erfolgt unter Leitung des amtsältesten und an Jahren ältesten anwesenden Ratsmitglieds.

<sup>4</sup> Wünscht die oder der Vorsitzende als Mitglied des Rates zu sprechen oder Anträge zu stellen, so übernimmt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter den Vorsitz.

<sup>5</sup> Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäss für den Vorsitz in den Ratsorganen.

#### Art. 4

##### Ratsschreiberin, Ratsschreiber

<sup>1</sup> Die Amtsdauern der Ratsschreiberin oder des Ratsschreibers und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters betragen vier Jahre. Beide werden vom Grossen Gemeinderat gewählt, der das Datum des Amtsantritts bestimmt. Sind sie nicht Mitglied des Rats, haben sie beratende Stimme.

<sup>2</sup> Die Ratsschreiberin oder der Ratsschreiber:

- a. führt und organisiert den Parlamentsdienst und stellt dessen Mitarbeitende im Rahmen des Budgets an,
- b. berät die Ratsleitung und die Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten in rechtlichen Fragen und unterstützt die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Vorbereitung und Leitung der Ratsitzungen,
- c. berät die Ratsmitglieder bei der Ausarbeitung von Vorstössen und Initiativen,
- d. kann im Rahmen des Budgets im Einzelfall Ausgaben bis 25'000 Franken und jährlich wiederkehrend (oder entsprechende Einnahmefälle) bis Fr. 2'000 bewilligen,
- e. nimmt Anliegen der unabhängigen Aufsichtsstellen entgegen.

<sup>3</sup> Die Ratsschreiberin oder der Ratsschreiber ist der Ratsleitung unterstellt. Diese regelt die Anstellungsbedingungen, sofern sie nicht vom Grossen Gemeinderat festgelegt wurden.

<sup>4</sup> Die Ratsschreiberin oder der Ratsschreiber wird in Lohnklasse 16 eingestuft.

<sup>5</sup> Die Lage im Lohnband ist abhängig vom Alter beim Amtsantritt und richtet sich nach der Einstufungstabelle im Anhang 1 (Kalenderjahr, in welchem das jeweilige Altersjahr vollendet wird).

<sup>6</sup> Der Grosse Gemeinderat kann auf Empfehlung der Spezialkommission bei speziell wenig oder speziell viel Erfahrung im Tätigkeitsbereich den Eintrittslohn im Lohnband um maximal drei Prozentpunkte tiefer oder höher festlegen.

<sup>7</sup> Lohnerhöhungen werden – unter Vorbehalt von Abs. 8 und Art. 90 – jährlich per 1. März gewährt. Bis und mit einer Lohnbandposition von 130 % beträgt die Lohnerhöhung 1 Prozentpunkt im Lohnband, anschliessend, ab einer Lohnbandposition von 131 %, beträgt die Lohnerhöhung 0.5 Prozentpunkte. Maximal ist eine Lohnbandposition von 141 % erreichbar.

<sup>8</sup> Wenn der Grosse Gemeinderat auf die Gewährung von Mitteln für Lohnanpassungen für die Angestellten der Stadtverwaltung verzichtet wird die jährliche Erhöhung gemäss Absatz 7 ausgesetzt.

<sup>9</sup> Der Beschäftigungsgrad beträgt 80 bis 100 Prozent und wird vom Grossen Gemeinderat unter Einbezug der Ratsschreiberin bzw. des Ratsschreibers gleichzeitig mit der Neuwahl bzw. Wiederwahl auf Antrag der zuständigen Kommission festgesetzt. Der Beschäftigungsgrad kann nachträglich auf begründetes Gesuch mit Beschluss der Ratsleitung vorübergehend geändert werden.

<sup>10</sup> Für die Vorbereitung einer Neubesetzung wird eine Spezialkommission des Grossen Gemeinderates eingesetzt. Der Rat wählt die Ratsschreiberin oder den Ratsschreiber auf Antrag der Kommission. Die Antragstellung für die Wiederwahl der Ratsschreiberin oder des Ratsschreibers obliegt der Ratsleitung.

<sup>11</sup> Die Präsidentin oder der Präsident führt mit der Ratsschreiberin oder dem Ratsschreiber ein jährliches Beurteilungsgespräch durch. Die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident nimmt mit beratender Stimme daran teil.

<sup>12</sup> Die Ratsleitung stellt Antrag für die Wahl und Wiederwahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Ratsschreiberin oder des Ratsschreibers.

#### Art. 5

##### Parlamentsdienst

<sup>3</sup> Bei Verhinderung der Präsidentin oder des Präsidenten werden die Aufgaben von der ersten Vizepräsidentin oder vom ersten Vizepräsidenten und bei deren oder dessen Verhinderung von der zweiten Vizepräsidentin oder vom zweiten Vizepräsidenten ausgeübt. Besteht auch hier Verhinderung, so wählt das Stadtparlament einen Ersatz; die Wahl erfolgt unter Leitung des amtsältesten und an Jahren ältesten anwesenden Parlamentsmitglieds.

<sup>4</sup> Wünscht die oder der Vorsitzende als Mitglied des Stadtparlaments zu sprechen oder Anträge zu stellen, so übernimmt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter den Vorsitz.

<sup>5</sup> Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäss für den Vorsitz in den Parlamentsorganen.

#### Art. 4

##### Parlamentsschreiberin, Parlamentsschreiber

<sup>1</sup> Die Amtsdauern der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters betragen vier Jahre. Beide werden vom Stadtparlament gewählt, welches das Datum des Amtsantritts bestimmt. Sind sie nicht Mitglied des Stadtparlaments, haben sie beratende Stimme.

<sup>2</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber:

- b. berät die Parlamentsleitung und die Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten in rechtlichen Fragen und unterstützt die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Vorbereitung und Leitung der Parlamentssitzungen,
- c. berät die Parlamentsmitglieder bei der Ausarbeitung von Vorstössen und Initiativen,

<sup>3</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber ist der Parlamentsleitung unterstellt. Diese regelt die Anstellungsbedingungen, sofern sie nicht vom Stadtparlament festgelegt wurden.

<sup>4</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber wird in Lohnklasse 16 eingestuft.

<sup>6</sup> Das Stadtparlament kann auf Empfehlung der Spezialkommission bei speziell wenig oder speziell viel Erfahrung im Tätigkeitsbereich den Eintrittslohn im Lohnband um maximal drei Prozentpunkte tiefer oder höher festlegen.

<sup>8</sup> Wenn das Stadtparlament auf die Gewährung von Mitteln für Lohnanpassungen für die Angestellten der Stadtverwaltung verzichtet wird die jährliche Erhöhung gemäss Absatz 7 ausgesetzt.

<sup>9</sup> Der Beschäftigungsgrad beträgt 80 bis 100 Prozent und wird vom Stadtparlament unter Einbezug der Parlamentsschreiberin bzw. des Parlamentsschreibers gleichzeitig mit der Neuwahl bzw. Wiederwahl auf Antrag der zuständigen Kommission festgesetzt. Der Beschäftigungsgrad kann nachträglich auf begründetes Gesuch mit Beschluss der Parlamentsleitung vorübergehend geändert werden.

<sup>10</sup> Für die Vorbereitung einer Neubesetzung wird eine Spezialkommission des Stadtparlaments eingesetzt. Das Stadtparlament wählt die Parlamentsschreiberin oder den Parlamentsschreiber auf Antrag der Kommission. Die Antragstellung für die Wiederwahl der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers obliegt der Parlamentsleitung.

<sup>11</sup> Die Präsidentin oder der Präsident führt mit der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber ein jährliches Beurteilungsgespräch durch. Die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident nimmt mit beratender Stimme daran teil.

<sup>12</sup> Die Parlamentsleitung stellt Antrag für die Wahl und Wiederwahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers.

<sup>1</sup> Der Parlamentsdienst besteht insbesondere aus der Ratsschreiberin oder dem Ratsschreiber, der Ratssekretärin oder dem Ratssekretär und den Protokollführerinnen und Protokollführern.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst trägt die Verantwortung für die Sekretariats- und Kanzleiarbeiten des Grossen Gemeinderates, der Ratsleitung, der parlamentarischen Kommissionen sowie der Interfraktionellen Konferenz.

<sup>3</sup> Dem Parlamentsdienst obliegt insbesondere:

- die Geschäftsverwaltung sowie die Ausfertigung, Publikation, Zustellung und Aufbewahrung der Akten,
- die Protokollführung im Grossen Gemeinderat, der Ratsleitung und den parlamentarischen Kommissionen,
- die Pflege der Webseite des Grossen Gemeinderates sowie die Bereitstellung der nicht öffentlich zugänglichen Informationen im Extranet,
- die Rechnungsführung sowie die Erstellung von Budget und Rechnung des Grossen Gemeinderates und des Parlamentsdienstes,
- die Personaladministration der Ratsmitglieder.

<sup>4</sup> Für das Anstellungsverhältnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes kommt das städtische Personalrecht sinngemäss zur Anwendung, sofern der Grosse Gemeinderat keine spezifischen Bestimmungen erlassen hat.

#### Art. 6

Weibelin, Weibel

<sup>1</sup>

Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes amtet während den Ratssitzungen als Weibelin oder Weibel. In dieser Funktion unterstützt sie oder er die Ratsleitung administrativ bei der Vorbereitung und Durchführung der Ratssitzungen.

<sup>2</sup> ...

#### Art. 7

Stimmzählende

<sup>1</sup> Der Rat wählt vier Stimmzählende für eine Amtsdauer von vier Jahren. Sie unterstützen die Ratsleitung bei der Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse.

<sup>2</sup> Auf die Wahl von Stimmzählenden kann verzichtet werden, wenn die Wahl- und Abstimmungsergebnisse auf elektronischem Weg ermittelt werden.

#### Art. 8

Ständige Kommissionen

<sup>1</sup> Der Grosse Gemeinderat wählt als ständige Kommissionen

- die Aufsichtskommission mit elf Ratsmitgliedern, welche die Oberaufsicht über den Finanzhaushalt innehat;
- drei Sachkommissionen mit je neun Ratsmitgliedern.
- ...

<sup>2</sup> Die Aufsichtskommission ist für den Stadtrat und die Verwaltung als Ganzes, deren Querschnittaufgaben sowie für die Eckdaten der mittelfristigen Planung und des Budgets zuständig. Im Übrigen werden der Aufsichts- und den Sachkommissionen ihre Sachbereiche durch Beschluss des Grossen Gemeinderates zugewiesen, wobei in der Regel der Gliederung nach Departementen gefolgt werden soll.

<sup>3</sup> In den ihnen zugewiesenen Sachbereichen beraten die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen einzelne Geschäfte, die mittelfristige Planung, das Budget und die Berichte des Stadtrats zuhanden des Grossen Gemeinderates vor und beaufsichtigen die Tätigkeit von Stadtrat und Verwaltung.

#### Art. 9

Nichtständige Kommissionen

<sup>1</sup> Der Grosse Gemeinderat kann für die Vorberatung umfangreicher Geschäfte auf Antrag des Stadtrates oder der Ratsleitung nichtständige Kommissionen einsetzen.

<sup>2</sup> Die nichtständigen Kommissionen bestehen aus fünf bis dreizehn Ratsmitgliedern. Der Grosse Gemeinderat setzt im Einzelfall die Zahl fest.

<sup>3</sup> Für die Untersuchungskommission gilt Art. 33 der Gemeindeordnung.

#### Art. 10

Wahl und Konstituierung der Kommissionen

<sup>1</sup> Die Mitglieder und Präsidentinnen oder Präsidenten der Kommissionen werden vom Grossen Gemeinderat gewählt. Im Übrigen konstituieren sich die Kommissionen selber.

<sup>2</sup> Die Fraktionen haben das Recht, in den Kommissionen und in den Kommissionspräsidien gemäss ihrer Stärke im Rat vertreten zu sein. In der Aufsichtskommission hat jede Fraktion Anspruch auf mindestens einen Sitz. In den Sachkommissionen soll jeder Fraktion mindestens ein Sitz zustehen.

<sup>3</sup> Hat ein Mitglied ein Kommissionspräsidium während einer vollständigen Amtsdauer innegehabt, ist es für die folgende Amtsdauer nicht mehr als Präsidentin oder Präsident der gleichen Kommission wählbar.

<sup>1</sup> Der Parlamentsdienst besteht insbesondere aus der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber, der Sekretärin oder dem Sekretär und den Protokollführerinnen und Protokollführern.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst trägt die Verantwortung für die Sekretariats- und Kanzleiarbeiten des Stadtparlaments, der Parlamentsleitung, der parlamentarischen Kommissionen sowie der Interfraktionellen Konferenz.

b. die Protokollführung im Stadtparlament, der Parlamentsleitung und den parlamentarischen Kommissionen,

c. die Pflege der Webseite des Stadtparlaments sowie die Bereitstellung der nicht öffentlich zugänglichen Informationen im Extranet,

d. die Rechnungsführung sowie die Erstellung von Budget und Rechnung des Stadtparlaments und des Parlamentsdienstes,

e. die Personaladministration der Parlamentsmitglieder.

<sup>4</sup> Für das Anstellungsverhältnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes kommt das städtische Personalrecht sinngemäss zur Anwendung, sofern das Stadtparlament keine spezifischen Bestimmungen erlassen hat.

<sup>1</sup>

Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes amtet während den Parlamentssitzungen als Weibelin oder Weibel. In dieser Funktion unterstützt sie oder er die Parlamentsleitung administrativ bei der Vorbereitung und Durchführung der Parlamentssitzungen.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament wählt vier Stimmzählende für eine Amtsdauer von vier Jahren. Sie unterstützen die Parlamentsleitung bei der Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament wählt als ständige Kommissionen

- die Aufsichtskommission mit elf Parlamentsmitgliedern, welche die Oberaufsicht über den Finanzhaushalt innehat;
- drei Sachkommissionen mit je neun Parlamentsmitgliedern.

<sup>2</sup> Die Aufsichtskommission ist für den Stadtrat und die Verwaltung als Ganzes, deren Querschnittaufgaben sowie für die Eckdaten der mittelfristigen Planung und des Budgets zuständig. Im Übrigen werden der Aufsichts- und den Sachkommissionen ihre Sachbereiche durch Beschluss des Stadtparlaments zugewiesen, wobei in der Regel der Gliederung nach Departementen gefolgt werden soll.

<sup>3</sup> In den ihnen zugewiesenen Sachbereichen beraten die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen einzelne Geschäfte, die mittelfristige Planung, das Budget und die Berichte des Stadtrats zuhanden des Stadtparlaments vor und beaufsichtigen die Tätigkeit von Stadtrat und Verwaltung.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament kann für die Vorberatung umfangreicher Geschäfte auf Antrag des Stadtrates oder der Parlamentsleitung nichtständige Kommissionen einsetzen.

<sup>2</sup> Die nichtständigen Kommissionen bestehen aus fünf bis dreizehn Parlamentsmitgliedern. Das Stadtparlament setzt im Einzelfall die Zahl fest.

<sup>1</sup> Die Mitglieder und Präsidentinnen oder Präsidenten der Kommissionen werden vom Stadtparlament gewählt. Im Übrigen konstituieren sich die Kommissionen selber.

<sup>2</sup> Die Fraktionen haben das Recht, in den Kommissionen und in den Kommissionspräsidien gemäss ihrer Stärke im Stadtparlament vertreten zu sein. In der Aufsichtskommission hat jede Fraktion Anspruch auf mindestens einen Sitz. In den Sachkommissionen soll jeder Fraktion mindestens ein Sitz zustehen.

<sup>4</sup> Hat ein Mitglied während zwei vollständigen aufeinander folgenden Amtsdauern einer ständigen Kommission angehört, so ist es für die folgende Amtsdauer nicht mehr in die gleiche Kommission wählbar.

<sup>5</sup> Ein Ratsmitglied darf gleichzeitig nur einer ständigen Kommission angehören.

<sup>6</sup> Ein Parlamentsmitglied darf gleichzeitig nur einer ständigen Kommission angehören.

#### Art. 11

Mitberichtsverfahren der Kommissionen

<sup>1</sup> Jede ständige Kommission kann nach vorgängiger Orientierung der Ratspräsidentin bzw. des Ratspräsidenten zu einer Vorlage, welche einer anderen Kommission zugewiesen ist, einen Mitbericht abgeben.

<sup>1</sup> Jede ständige Kommission kann nach vorgängiger Orientierung der Parlamentspräsidentin bzw. des Parlamentspräsidenten zu einer Vorlage, welche einer anderen Kommission zugewiesen ist, einen Mitbericht abgeben.

#### Art. 12

Befugnisse der Kommissionen

<sup>1</sup> Die Kommissionen erhalten Auskünfte vom Stadtrat und mit dessen Einverständnis von der Verwaltung. Mit Einwilligung des Stadtrates können sie die Akten einsehen.

<sup>2</sup> Die Kommissionen können der Finanzkontrolle Aufträge zur Untersuchung eines Gegenstands in ihrem Zuständigkeitsbereich erteilen. Stellt die Finanzkontrolle fest, dass ihre Kapazität für die Ausführung der anstehenden Kommissionsaufträge nicht ausreicht, teilt sie dies der Ratsleitung mit, welche die Priorität der Ausführung festlegt.

<sup>2</sup> Die Kommissionen können der Finanzkontrolle Aufträge zur Untersuchung eines Gegenstands in ihrem Zuständigkeitsbereich erteilen. Stellt die Finanzkontrolle fest, dass ihre Kapazität für die Ausführung der anstehenden Kommissionsaufträge nicht ausreicht, teilt sie dies der Parlamentsleitung mit, welche die Priorität der Ausführung festlegt.

#### Art. 13

Fraktionen

<sup>1</sup> Als Fraktion gilt eine Parteivertretung von mindestens vier Mitgliedern.

<sup>2</sup> Ratsmitglieder, die keiner Fraktion gemäss Abs. 1 angehören, können sich einer solchen anschliessen oder untereinander Fraktionen aus mindestens vier Mitgliedern bilden, wobei ein Ratsmitglied nur einer Fraktion angehören darf.

<sup>2</sup> Parlamentsmitglieder, die keiner Fraktion gemäss Abs. 1 angehören, können sich einer solchen anschliessen oder untereinander Fraktionen aus mindestens vier Mitgliedern bilden, wobei ein Parlamentsmitglied nur einer Fraktion angehören darf.

#### Art. 14

Interfraktionelle Konferenz

<sup>1</sup> Die Fraktionen ordnen eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Interfraktionelle Konferenz ab. Diese wählt eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Im Übrigen konstituiert sie sich selbst.

<sup>2</sup> Die Interfraktionelle Konferenz bereitet die Wahlgeschäfte zuhanden des Grossen Gemeinderats vor.

<sup>2</sup> Die Interfraktionelle Konferenz bereitet die Wahlgeschäfte zuhanden des Stadtparlaments vor.

#### Art. 15

Nichtöffentlichkeit der Sitzungen

<sup>1</sup> Die Sitzungen der Ratsorgane sind nicht öffentlich.

<sup>1</sup> Die Sitzungen der Parlamentsorgane sind nicht öffentlich.

## 2 Gemeinsame Bestimmungen

#### Art. 16

Geltungsbereich

<sup>1</sup> Wo nichts anderes festgelegt ist, gelten die Bestimmungen des II. und III. Abschnitts für den Rat und die Ratsorgane mit Ausnahme der Fraktionen.

<sup>1</sup> Wo nichts anderes festgelegt ist, gelten die Bestimmungen des II. und III. Abschnitts für das Stadtparlament und die Parlamentsorgane mit Ausnahme der Fraktionen.

#### Art. 17

Entschädigungen

<sup>1</sup> Die Mitglieder und die Fraktionen beziehen eine Entschädigung, die vom Grossen Gemeinderat in einem Reglement festgelegt wird.

<sup>1</sup> Die Mitglieder und die Fraktionen beziehen eine Entschädigung, die vom Stadtparlament in einem Reglement festgelegt wird.

#### Art. 18

Teilnahmepflicht

<sup>1</sup> Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen.

<sup>2</sup> Ist ein Mitglied verhindert, einer Sitzung beizuwohnen, so hat es sich bei der betreffenden Präsidentin oder beim betreffenden Präsidenten unter Angabe der Gründe zu entschuldigen.

<sup>3</sup> Zu Beginn jeder Ratssitzung wird durch den Weibeldienst ermittelt, welche Mitglieder anwesend sind; abwesende Mitglieder werden im Protokoll vermerkt.

<sup>3</sup> Zu Beginn jeder Parlamentssitzung wird durch den Weibeldienst ermittelt, welche Mitglieder anwesend sind; abwesende Mitglieder werden im Protokoll vermerkt.

#### Art. 18a

Offenlegung von Interessenbindungen

<sup>1</sup> Beim Eintritt in den Grossen Gemeinderat unterrichtet jedes Mitglied die Ratsleitung schriftlich über:

- seine berufliche Tätigkeit;
- die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von juristischen Personen, kommunalen, kantonalen, schweizerischen und ausländischen Anstalten sowie Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts;
- dauernde Leitungsfunktionen für kommunale, kantonale, schweizerische und ausländische Interessengruppen;
- die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden.

<sup>1</sup> Beim Eintritt in das Stadtparlament unterrichtet jedes Mitglied die Parlamentsleitung schriftlich über:

<sup>2</sup> Änderungen sind von den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates zu Beginn jedes Amtsjahres anzugeben. Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Das Ratssekretariat erstellt ein Register über die Angaben der Ratsmitglieder und aktualisiert dieses. Dieses Register ist öffentlich.

<sup>4</sup> Die Ratsleitung wacht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten. Sie kann die säumigen Ratsmitglieder auffordern, ihre Interessenbindungen mitzuteilen.

<sup>5</sup> Ratsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Geschäft unmittelbar betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich in einer Kommission oder im Rat äussern. Vorbehalten bleiben die Ausstandsregelungen gemäss Art. 19.

#### Art. 19

##### Ausstandspflicht

<sup>1</sup> Ein Ratsmitglied, eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise eine beigezogene Person hat bei Beratungen und Abstimmungen in den Ausstand zu treten:

- wenn es sich um ein Geschäft handelt, bei dem das Ratsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person Vertragspartner der Stadt oder sonst unmittelbar persönlich beteiligt ist;
- wenn die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, die Eltern, ein Elternteil oder ein Kind des Ratsmitglieds, der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters des Parlamentsdienstes beziehungsweise der beigezogenen Person beteiligt im Sinne von Ziff. 1 ist;
- wenn eine natürliche oder juristische Person beziehungsweise eine einfache Gesellschaft Beteiligte im Sinne von Ziff. 1 und das Ratsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person mit der Geschäftsführung oder Vertretung der betreffenden Person oder Personenverbindung beauftragt ist.

<sup>2</sup> ...

<sup>3</sup> In Zweifelsfällen entscheidet der Rat beziehungsweise das Ratsorgan über die Ausstandspflicht.

#### Art. 20

##### Stellvertretung

<sup>1</sup> Ein an der Sitzungsteilnahme verhindertes Mitglied eines Ratsorgans ist berechtigt, sich durch ein anderes Mitglied seiner Fraktion vertreten zu lassen, welches ein Antrags-, Diskussions- und Stimmrecht besitzt. Für die Teilnahme an einer Sitzung bezieht die Stellvertretung die gleiche Entschädigung wie ein Mitglied.

#### Art. 21

##### Hörerinnen, Hörer

<sup>1</sup> Fraktionen, die keine gewählte Vertretung in einer Kommission haben, können ein Fraktionsmitglied als Hörerin oder Hörer ohne Stimm-, hingegen mit Antrags- und Diskussionsrecht abordnen. Für die Teilnahme an einer Sitzung bezieht es die gleiche Entschädigung wie ein Mitglied.

#### Art. 22

##### Amtsgeheimnis

<sup>1</sup> Mitglieder der Ratsorgane, Stellvertretende, Hörerinnen und Hörer sowie Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und beigezogene Personen sind in Angelegenheiten, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

#### Art. 23

##### Öffentlichkeitsarbeit

<sup>1</sup> Die einzelnen Ratsorgane orientieren die Öffentlichkeit über ihre Beschlüsse und den Stand ihrer Beratungen. Sie können im Einzelfall festlegen, dass die Öffentlichkeit erst nach Abschluss der Beratungen orientiert wird.

<sup>2</sup> Jedes Ratsorgan bestimmt ein für die Orientierung der Öffentlichkeit zuständiges Mitglied und regelt dessen Kompetenzen.

<sup>3</sup> Die übrigen Mitglieder, Stellvertretende und Hörerinnen oder Hörer äussern sich gegenüber der Öffentlichkeit erst nach der Orientierung durch das zuständige Mitglied.

<sup>4</sup> Mitarbeitenden des Parlamentsdienstes und beigezogenen Personen sind Äusserungen gegenüber der Öffentlichkeit nur mit ausdrücklicher Bewilligung des für die Orientierung der Öffentlichkeit zuständigen Mitglieds gestattet.

#### Art. 24

##### Form der Voten

<sup>1</sup> Es wird Schriftdeutsch oder Schweizerdeutsch gesprochen.

<sup>2</sup> Die Sprechenden sind gehalten, sich in ihren Ausführungen kurz zu fassen. Wer sich zu weit vom Verhandlungsgegenstand entfernt, wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten ermahnt, zur Sache zu sprechen.

<sup>2</sup> Änderungen sind von den Mitgliedern des Stadtparlaments zu Beginn jedes Amtsjahres anzugeben. Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten.

<sup>3</sup> Der Parlamentsdienst erstellt ein Register über die Angaben der Parlamentsmitglieder und aktualisiert dieses. Dieses Register ist öffentlich.

<sup>4</sup> Die Parlamentsleitung wacht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten. Sie kann die säumigen Parlamentsmitglieder auffordern, ihre Interessenbindungen mitzuteilen.

<sup>5</sup> Parlamentsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Geschäft unmittelbar betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich in einer Kommission oder im Stadtparlament äussern. Vorbehalten bleiben die Ausstandsregelungen gemäss Art. 19.

<sup>1</sup> Ein Parlamentsmitglied, eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise eine beigezogene Person hat bei Beratungen und Abstimmungen in den Ausstand zu treten:

- wenn es sich um ein Geschäft handelt, bei dem das Parlamentsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person Vertragspartner der Stadt oder sonst unmittelbar persönlich beteiligt ist;
- wenn die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, die Eltern, ein Elternteil oder ein Kind des Parlamentsmitglieds, der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters des Parlamentsdienstes beziehungsweise der beigezogenen Person beteiligt im Sinne von Ziff. 1 ist;
- wenn eine natürliche oder juristische Person beziehungsweise eine einfache Gesellschaft Beteiligte im Sinne von Ziff. 1 und das Parlamentsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person mit der Geschäftsführung oder Vertretung der betreffenden Person oder Personenverbindung beauftragt ist.

<sup>3</sup> In Zweifelsfällen entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan über die Ausstandspflicht.

<sup>1</sup> Ein an der Sitzungsteilnahme verhindertes Mitglied eines Parlamentsorgans ist berechtigt, sich durch ein anderes Mitglied seiner Fraktion vertreten zu lassen, welches ein Antrags-, Diskussions- und Stimmrecht besitzt. Für die Teilnahme an einer Sitzung bezieht die Stellvertretung die gleiche Entschädigung wie ein Mitglied.

<sup>1</sup> Mitglieder der Parlamentsorgane, Stellvertretende, Hörerinnen und Hörer sowie Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und beigezogene Personen sind in Angelegenheiten, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, zur Verschwiegenheit verpflichtet.

<sup>1</sup> Die einzelnen Parlamentsorgane orientieren die Öffentlichkeit über ihre Beschlüsse und den Stand ihrer Beratungen. Sie können im Einzelfall festlegen, dass die Öffentlichkeit erst nach Abschluss der Beratungen orientiert wird.

<sup>2</sup> Jedes Parlamentsorgan bestimmt ein für die Orientierung der Öffentlichkeit zuständiges Mitglied und regelt dessen Kompetenzen.

<sup>3</sup> Der Rat oder das Ratsorgan kann auf Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten für einzelne Geschäfte eine Redezeitbeschränkung beschliessen.

#### Art. 25

##### Ordnungsruf und Wortentzug

<sup>1</sup> Verletzt ein Mitglied den parlamentarischen Anstand, namentlich durch beleidigende Äusserungen gegenüber Mitgliedern des Rates oder des Stadtrates, so hat es die Präsidentin oder der Präsident zur Ordnung zu rufen.

<sup>2</sup> Lässt sich ein Mitglied trotz Ordnungsruf in der gleichen Sitzung erneut eine Verletzung des parlamentarischen Anstandes zuschulden kommen, so entzieht ihm die Präsidentin oder der Präsident das Wort; das gleiche Recht besteht gegenüber Mitgliedern, welche die Mahnung, zur Sache zu sprechen, beharrlich missachten.

<sup>3</sup> Erhebt das betroffene Mitglied gegen den Ordnungsruf oder den Wortentzug Einspruch, so entscheidet der Rat beziehungsweise das Ratsorgan ohne Diskussion.

#### Art. 26

##### Mitwirkung des Stadtrates

<sup>1</sup> Auf Wunsch des Stadtrates oder der Ratsorgane nehmen Mitglieder des Stadtrates an den Beratungen teil. Der Stadtrat kann die Vertretung seiner Anträge vor den Ratsorganen städtischen Angestellten übertragen.

#### Art. 27

##### Unterstützung von Rat und Ratsorganen

<sup>1</sup> ...

<sup>2</sup> Rat und Ratsorgane können zur Unterstützung externe Personen, beispielsweise Sachverständige, beiziehen. Im Falle des Bezugs städtischer Angestellter ist die Einwilligung des zuständigen Mitgliedes des Stadtrates erforderlich.

#### Art. 28

##### Ratsprotokoll

<sup>1</sup> Die Protokollführerin oder der Protokollführer führt ein gedrängtes, substantielles Verhandlungsprotokoll.

<sup>2</sup> Das Ratsprotokoll geht zur Prüfung an die Mitglieder der Ratsleitung, dann zur Genehmigung an den Rat und schliesslich zur Unterschrift an die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

<sup>3</sup> Wird das Ratsprotokoll von einem Mitglied des Grossen Gemeinderates beanstandet, so entscheidet der Rat über die Einsprache.

<sup>4</sup> Für die Protokollführung im Grossen Gemeinderat beträgt die Entschädigung 41 Franken pro Sitzungsstunde exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. Für die Nachbearbeitung werden jeweils pauschal fünf zusätzliche Stunden pro Sitzungsstunde vergütet.

<sup>5</sup> Im Auftrag der Ratschreiberin bzw. des Ratschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet.

#### Art. 29

##### Protokoll der Ratsorgane

<sup>1</sup> Die Protokollführerin oder der Protokollführer eines Ratsorgans führt ein Protokoll, enthaltend:

- a. die Namen der an- und abwesenden Mitglieder, der anwesenden Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, der anwesenden Hörerinnen oder Hörer, der oder des Vorsitzenden, der Protokollführerin oder des Protokollführers sowie aller weiteren anwesenden Personen;
- b. die Bezeichnung der vorgelegten Geschäfte, die Abstimmungen, die Anträge, die Stimmenzahl bei Auszahlungen bzw. die Stimmenverhältnisse, wenn in Sitzungen des Grossen Gemeinderates keine Auszahlung stattfindet sowie die formellen und materiellen Beschlüsse unter Angabe der wesentlichen Beweggründe der Mehr- und Minderheit.

<sup>2</sup> Die Protokolle der Ratsorgane sind nicht öffentlich. Je eine Ausfertigung des Protokolls wird jedem Mitglied der Ratsleitung, allen Mitgliedern des Ratsorgans, den Stellvertreterinnen oder Stellvertretern, den Hörerinnen oder Hörern, den Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten und den Mitgliedern des Stadtrates zugestellt. Zudem kann jedes Ratsmitglied das Protokoll im Extranet oder beim Parlamentsdienst einsehen.

<sup>3</sup> Vorgänge, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, sind unter ausdrücklichem Hinweis darauf separat zu protokollieren. Das separate Protokoll wird allen Empfängerinnen und Empfängern gemäss Abs. 2 mit Ausnahme der Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten zugestellt. Es wird im Extranet nicht aufgeschaltet und kann beim Parlamentsdienst nicht eingesehen werden.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament oder das Parlamentsorgan kann auf Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten für einzelne Geschäfte eine Redezeitbeschränkung beschliessen.

<sup>1</sup> Verletzt ein Mitglied den parlamentarischen Anstand, namentlich durch beleidigende Äusserungen gegenüber Mitgliedern des Stadtparlaments oder des Stadtrates, so hat es die Präsidentin oder der Präsident zur Ordnung zu rufen.

<sup>3</sup> Erhebt das betroffene Mitglied gegen den Ordnungsruf oder den Wortentzug Einspruch, so entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan ohne Diskussion.

<sup>1</sup> Auf Wunsch des Stadtrates oder der Parlamentsorgane nehmen Mitglieder des Stadtrates an den Beratungen teil. Der Stadtrat kann die Vertretung seiner Anträge vor den Parlamentsorganen städtischen Angestellten übertragen.

#### Art. 27

##### Unterstützung von Stadtparlament und Parlamentsorganen

<sup>2</sup> Stadtparlament und Parlamentsorgane können zur Unterstützung externe Personen, beispielsweise Sachverständige, beiziehen. Im Falle des Bezugs städtischer Angestellter ist die Einwilligung des zuständigen Mitgliedes des Stadtrates erforderlich.

#### Art. 28

##### Protokollführung im Stadtparlament

<sup>2</sup> Das Protokoll geht zur Prüfung an die Mitglieder der Parlamentsleitung, dann zur Genehmigung an das Stadtparlament und schliesslich zur Unterschrift an die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten.

<sup>3</sup> Wird das Protokoll von einem Mitglied des Stadtparlaments beanstandet, so entscheidet das Stadtparlament über die Einsprache.

<sup>4</sup> Für die Protokollführung im Stadtparlament beträgt die Entschädigung 41 Franken pro Sitzungsstunde exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. Für die Nachbearbeitung werden jeweils pauschal fünf zusätzliche Stunden pro Sitzungsstunde vergütet.

<sup>5</sup> Im Auftrag der Parlamentschreiberin bzw. des Parlamentschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet.

#### Art. 29

##### Protokoll der Parlamentsorgane

<sup>1</sup> Die Protokollführerin oder der Protokollführer eines Parlamentsorgans führt ein Protokoll, enthaltend:

- b. die Bezeichnung der vorgelegten Geschäfte, die Abstimmungen, die Anträge, die Stimmenzahl bei Auszahlungen bzw. die Stimmenverhältnisse, wenn in Sitzungen des Stadtparlaments keine Auszahlung stattfindet sowie die formellen und materiellen Beschlüsse unter Angabe der wesentlichen Beweggründe der Mehr- und Minderheit.

<sup>2</sup> Die Protokolle der Parlamentsorgane sind nicht öffentlich. Je eine Ausfertigung des Protokolls wird jedem Mitglied der Parlamentsleitung, allen Mitgliedern des Parlamentsorgans, den Stellvertreterinnen oder Stellvertretern, den Hörerinnen oder Hörern, den Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten und den Mitgliedern des Stadtrates zugestellt. Zudem kann jedes Parlamentsmitglied das Protokoll im Extranet oder beim Parlamentsdienst einsehen.

<sup>4</sup> Für die Protokollführung in den Kommissionen beträgt die Entschädigung 41 Franken pro Sitzungsstunde exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. Für die Nachbearbeitung werden jeweils pauschal drei zusätzliche Stunden pro Sitzungsstunde vergütet.

<sup>5</sup> Im Auftrag der Ratschreiberin bzw. des Ratsschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet.

<sup>5</sup> Im Auftrag der Parlamentschreiberin bzw. des Parlamentschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet.

#### **Art. 30** Ausfertigung und Veröffentlichung

<sup>1</sup> ...

<sup>2</sup> Die amtliche Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt durch Insertion in den lokalen amtlichen Publikationsorganen, durch Anschlag im Stadthaus sowie durch Veröffentlichung auf der städtischen Website. Bei umfangreichen Beschlüssen werden nur die wichtigsten Teile des Dispositives veröffentlicht.

#### **Art. 31** Unterschriften

<sup>1</sup> Die Schreiben des Grossen Gemeinderates, die erlassenen Verordnungen sowie die genehmigten Verträge und städtischen Rechnungen werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von der Ratschreiberin oder vom Ratsschreiber unterzeichnet.

<sup>2</sup> Protokollauszüge oder Anzeigen unterzeichnet die Ratschreiberin oder der Ratsschreiber allein.

<sup>1</sup> Die Schreiben des Stadtparlaments, die erlassenen Verordnungen sowie die genehmigten Verträge und städtischen Rechnungen werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von der Parlamentschreiberin oder vom Parlamentschreiber unterzeichnet.

<sup>2</sup> Protokollauszüge oder Anzeigen unterzeichnet die Parlamentschreiberin oder der Parlamentschreiber allein.

#### **Art. 32** Elektronischer Versand

<sup>1</sup> Mitteilungen und Akten werden den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und weiteren Interessierten grundsätzlich nur in elektronischer Form zugestellt.

<sup>2</sup> Die Ratsleitung kann generelle Ausnahmen vom elektronischen Versand vorsehen. Kommissionen können im Einzelfall beschliessen, dass Akten zusätzlich auf Papier verschickt werden.

<sup>1</sup> Mitteilungen und Akten werden den Mitgliedern des Stadtparlaments und weiteren Interessierten grundsätzlich nur in elektronischer Form zugestellt.

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung kann generelle Ausnahmen vom elektronischen Versand vorsehen. Kommissionen können im Einzelfall beschliessen, dass Akten zusätzlich auf Papier verschickt werden.

#### **Art. 33** Rauchverbot

<sup>1</sup> In Sitzungen ist das Rauchen verboten.

#### **Art. 34** Einsprache

<sup>1</sup> Gegen Beschlüsse eines Ratsorgans mit Ausnahme der Anträge an den Rat ist Einsprache an den Rat möglich. Bei Entscheiden über Ordnungsanträge ist der Einsprache die aufschiebende Wirkung entzogen.

<sup>1</sup> Gegen Beschlüsse eines Parlamentsorgans mit Ausnahme der Anträge an das Stadtparlament ist Einsprache an das Stadtparlament möglich. Bei Entscheiden über Ordnungsanträge ist der Einsprache die aufschiebende Wirkung entzogen.

### **3 Wahlen, Anträge und Beschlüsse**

#### **Art. 35** Wahlen

<sup>1</sup> Das Verfahren bei Wahlen richtet sich nach dem kantonalen Recht.

<sup>2</sup> Die Ratsleitung amtet zusammen mit den Stimmezählenden als Wahlbüro.

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung amtet zusammen mit den Stimmezählenden als Wahlbüro.

#### **Art. 36** Offene und geheime Stimmabgabe

<sup>1</sup> Mit Ausnahme der Wahl der Ratspräsidentin oder des Ratspräsidenten und der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten des Rats erfolgen die vom Grossen Gemeinderat vorzunehmenden Wahlen und Abstimmungen offen, falls nicht ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Stimmabgabe verlangt.

<sup>1</sup> Mit Ausnahme der Wahl der Parlamentspräsidentin oder des Parlamentspräsidenten und der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten erfolgen die vom Stadtparlament vorzunehmenden Wahlen und Abstimmungen offen, falls nicht ein Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder die geheime Stimmabgabe verlangt.

<sup>2</sup> Die offene Stimmabgabe erfolgt durch Handaufheben oder auf elektronischem Weg.

#### **Art. 37** Leitung der Abstimmung, Namensaufruf

<sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Abstimmungen. Sie oder er erläutert die vorliegenden Anträge sowie das beabsichtigte Abstimmungsverfahren. Werden Einwendungen gegen die Abstimmungsart erhoben, so entscheidet der Rat beziehungsweise das Ratsorgan.

<sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Abstimmungen. Sie oder er erläutert die vorliegenden Anträge sowie das beabsichtigte Abstimmungsverfahren. Werden Einwendungen gegen die Abstimmungsart erhoben, so entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan.

<sup>2</sup> Wird einem Antrag kein Gegenantrag gegenübergestellt, so kann von einer Abstimmung abgesehen werden. Der unbestrittene Antrag gilt in diesem Falle als Beschluss.

<sup>3</sup> Über Vorlagen, die der Gemeindeabstimmung unterliegen, ist jedoch immer ausdrücklich abzustimmen.

<sup>4</sup> Auf Verlangen von zwanzig Mitgliedern muss die Abstimmung im Rat unter Namensaufruf stattfinden. Die Namen der Abstimmenden werden mit der Stimmabgabe im Protokoll vermerkt.

**Art. 38**  
Schlussabstimmung bei artikel- oder abschnittsweiser Beratung

<sup>1</sup> Wird eine Vorlage artikel- oder abschnittsweise behandelt, so ist am Schluss der Beratung noch eine Abstimmung über das Ganze vorzunehmen.

**Art. 39**  
Anträge

<sup>1</sup> Anträge sind mündlich vorzubringen und auf Verlangen der Präsidentin oder des Präsidenten schriftlich einzureichen.

**Art. 40**  
Eventualabstimmungen

<sup>1</sup> Die Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen.

**Art. 41**  
Abstimmungsverfahren bei mehreren Hauptanträgen

<sup>1</sup> Sind mehr als zwei Hauptanträge vorhanden, so werden alle nebeneinander zur Abstimmung gebracht; dabei kann jedes Mitglied nur für einen dieser Anträge stimmen. Derjenige Antrag, der am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt, fällt aus der Abstimmung. Sodann wird zwischen den übrigbleibenden Anträgen abgestimmt und auf gleiche Weise fortgefahren, bis sich nur noch zwei Anträge gegenüber stehen.

<sup>2</sup> Erreicht ein Antrag in irgendeinem Umgang das absolute Mehr der anwesenden Mitglieder, ist er zum Beschluss erhoben.

**Art. 42**  
Grundsätzlich verschiedene Abänderungsanträge

<sup>1</sup> Werden zu einer Vorlage Abänderungsanträge gestellt, die auf einem abweichenden Grundgedanken beruhen und daher eine grundsätzlich verschiedene Ausführung bedingen, so kann nach Vornahme einer sich über das Ganze erstreckenden Beratung zunächst darüber entschieden werden, welche Auffassung oder welcher Entwurf der artikelweisen Beratung zugrunde gelegt werden soll.

**Art. 43**  
Feststellung des Mehrs

<sup>1</sup> Sofern nichts anderes bestimmt ist, entscheidet die Mehrheit der Stimmenden.

<sup>2</sup> Bei der Abstimmung ist das Gegenmehr nur aufzunehmen, wenn die Mehrheit nicht sofort festgestellt werden kann oder wenn es ausdrücklich verlangt wird.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident stimmt im Rat nicht mit. Ihr oder ihm obliegt bei Stimmengleichheit der Stichtentscheid, verbunden mit dem Recht, diesen zu begründen.

<sup>4</sup> Bei der Ermittlung der Anwesenden im Rat wird die Präsidentin oder der Präsident nicht mitgezählt.

<sup>5</sup> In den Ratsorganen sind alle Mitglieder mit Einschluss der Präsidentin oder des Präsidenten zur Stimmabgabe verpflichtet. Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den die Präsidentin oder der Präsident gestimmt hat.

**Art. 44**  
Ordnungsantrag

<sup>1</sup> Wird ein Ordnungsantrag gestellt, zum Beispiel ein Antrag auf Rückweisung, Verschiebung, Überweisung an eine Kommission oder Durchführung einer Eintretensdebatte, so wird die Beratung der Sache bis zur Erledigung des Ordnungsantrages ausgesetzt.

**Art. 45**  
Antrag auf Abbruch der Diskussion

<sup>1</sup> Es kann in jedem Zeitpunkt der Abbruch der Diskussion beschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen.

In diesem Falle wird das Wort nur noch den Mitgliedern erteilt, die bereits vorher darum gebeten haben, sowie auf Verlangen den Sprecherinnen oder Sprechern der vorbereitenden Kommissionen oder der Ratsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und des Stadtrates.

<sup>3</sup> Bei der Behandlung parlamentarischer Vorstöße steht das Wort überdies auch noch der Erstunterzeichnerin oder dem Erstunterzeichner zu.

**Art. 46**  
Wiedererwägungsantrag

<sup>1</sup> Solange ein Geschäft in Beratung steht, können Beschlüsse in Wiedererwägung gezogen werden, sofern mindestens zehn Mitglieder im Rat oder die Mehrheit in einem Ratsorgan einen entsprechenden Antrag unterstützen.

<sup>4</sup> Auf Verlangen von zwanzig Mitgliedern muss die Abstimmung im Stadtparlament unter Namensaufruf stattfinden. Die Namen der Abstimmenden werden mit der Stimmabgabe im Protokoll vermerkt.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident stimmt im Stadtparlament nicht mit. Ihr oder ihm obliegt bei Stimmengleichheit der Stichtentscheid, verbunden mit dem Recht, diesen zu begründen.

<sup>4</sup> Bei der Ermittlung der Anwesenden im Stadtparlament wird die Präsidentin oder der Präsident nicht mitgezählt.

<sup>5</sup> In den Parlamentsorganen sind alle Mitglieder mit Einschluss der Präsidentin oder des Präsidenten zur Stimmabgabe verpflichtet. Bei Stimmengleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den die Präsidentin oder der Präsident gestimmt hat.

<sup>1</sup> Es kann in jedem Zeitpunkt der Abbruch der Diskussion beschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen.

In diesem Falle wird das Wort nur noch den Mitgliedern erteilt, die bereits vorher darum gebeten haben, sowie auf Verlangen den Sprecherinnen oder Sprechern der vorbereitenden Kommissionen oder der Parlamentsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und des Stadtrates.

<sup>1</sup> Solange ein Geschäft in Beratung steht, können Beschlüsse in Wiedererwägung gezogen werden, sofern mindestens zehn Mitglieder im Stadtparlament oder die Mehrheit in einem Parlamentsorgan einen entsprechenden Antrag unterstützen.

<sup>2</sup> Wird ein Geschäft im Rat an einem Sitzungstag nicht zu Ende beraten, kann ein Beschluss eines vorangehenden Sitzungstags nur in Wiedererwägung gezogen werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder zustimmen.

<sup>2</sup> Wird ein Geschäft im Stadtparlament an einem Sitzungstag nicht zu Ende beraten, kann ein Beschluss eines vorangehenden Sitzungstags nur in Wiedererwägung gezogen werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder zustimmen.

## 4 Ratssitzungen

### Art. 47 Konstituierung

<sup>1</sup> Der Grosse Gemeinderat versammelt sich jeweils im Monat Mai nach der Erneuerungswahl zur konstituierenden Sitzung; zu dieser wird durch den Stadtrat eingeladen.

<sup>2</sup> Das amtsälteste und an Jahren älteste anwesende Mitglied eröffnet zusammen mit dem an Jahren jüngsten anwesenden Mitglied die Sitzung. Sie bezeichnen provisorisch eine Ratsschreiberin oder einen Ratsschreiber und vier Stimmzählende.

<sup>3</sup> Der Rat wählt an der konstituierenden Sitzung seine Organe und beschliesst über die Sachbereiche der ständigen Kommissionen.

<sup>4</sup> Er setzt auf Antrag der Interfraktionellen Konferenz für jede Amtsdauer gemäss Art. 10 Abs. 2 fest:

- a. die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den ständigen Kommissionen;
- b. die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den Kommissionspräsidien;
- c. den Schlüssel für die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den nichtständigen Kommissionen.

<sup>5</sup> Bis zur konstituierenden Sitzung tagt der alte Rat.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament versammelt sich jeweils im Monat Mai nach der Erneuerungswahl zur konstituierenden Sitzung; zu dieser wird durch den Stadtrat eingeladen.

<sup>2</sup> Das amtsälteste und an Jahren älteste anwesende Mitglied eröffnet zusammen mit dem an Jahren jüngsten anwesenden Mitglied die Sitzung. Sie bezeichnen provisorisch eine Parlamentsschreiberin oder einen Parlamentsschreiber und vier Stimmzählende.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament wählt an der konstituierenden Sitzung seine Organe und beschliesst über die Sachbereiche der ständigen Kommissionen.

<sup>5</sup> Bis zur konstituierenden Sitzung tagt das alte Stadtparlament.

### Art. 48 Einberufung

<sup>1</sup> Der Grosse Gemeinderat versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern, auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten. Mit schriftlichem Begehren können der Stadtrat oder zehn Mitglieder des Grossen Gemeinderates unter Angabe der Traktanden die Einberufung einer Sitzung verlangen.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern, auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten. Mit schriftlichem Begehren können der Stadtrat oder zehn Mitglieder des Stadtparlaments unter Angabe der Traktanden die Einberufung einer Sitzung verlangen.

### Art. 49 Neue Mitglieder

<sup>1</sup> Während der Amtsdauer nachrückende Mitglieder werden zu den Sitzungen eingeladen, sobald sie der Stadtrat als gewählt erklärt hat.

### Art. 50 Sitzungszeit

<sup>1</sup> Die Sitzungen finden in der Regel am Montagabend statt. Sie beginnen zu der von der Präsidentin oder vom Präsidenten angesetzten Zeit.

### Art. 51 Einladung

<sup>1</sup> Die Traktandenliste ist spätestens vier Tage vor der Sitzung in den lokalen amtlichen Publikationsorganen bekannt zu geben.

<sup>2</sup> Die Einladung ist mit der Traktandenliste den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates, dringliche Fälle vorbehalten, spätestens fünf Tage vor der Sitzung zuzustellen.

<sup>3</sup> Falls der in Abs. 2 enthaltene Vorschrift bei einem Geschäft nicht Genüge geleistet werden kann, so ist die Behandlung auf eine spätere Sitzung zu verschieben, wenn ein entsprechender Antrag von zehn Mitgliedern unterstützt wird.

<sup>4</sup> Vom Zeitpunkt der Einladung an stehen die Akten den Ratsmitgliedern beim Parlamentsdienst zur Einsicht offen. Gleichzeitig liegt öffentlich das Protokoll auf, das zur Behandlung allfälliger Einsprachen traktandiert ist.

<sup>2</sup> Die Einladung ist mit der Traktandenliste den Mitgliedern des Stadtparlaments und des Stadtrates, dringliche Fälle vorbehalten, spätestens fünf Tage vor der Sitzung zuzustellen.

<sup>4</sup> Vom Zeitpunkt der Einladung an stehen die Akten den Parlamentsmitgliedern beim Parlamentsdienst zur Einsicht offen. Gleichzeitig liegt öffentlich das Protokoll auf, das zur Behandlung allfälliger Einsprachen traktandiert ist.

### Art. 52 Beschlussfähigkeit

<sup>1</sup> Der Grosse Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn wenigstens 31 Mitglieder einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten anwesend sind.

<sup>2</sup> Wenn im Verlaufe einer Sitzung der Rat beschlussunfähig wird, ist der Namensaufruf vorzunehmen. Mitgliedern, die am Anfang der Sitzung zwar anwesend waren, aber beim Aufruf ohne genügende Entschuldigung fehlen, ist die Entschädigung zu kürzen. Dasselbe gilt bei Abstimmungen unter Namensaufruf.

<sup>1</sup> Das Stadtparlament ist beschlussfähig, wenn wenigstens 31 Mitglieder einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten anwesend sind.

<sup>2</sup> Wenn im Verlaufe einer Sitzung das Stadtparlament beschlussunfähig wird, ist der Namensaufruf vorzunehmen. Mitgliedern, die am Anfang der Sitzung zwar anwesend waren, aber beim Aufruf ohne genügende Entschuldigung fehlen, ist die Entschädigung zu kürzen. Dasselbe gilt bei Abstimmungen unter Namensaufruf.

### Art. 53 Tagesordnung

<sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet die Sitzung und stellt fest, ob Einwände gegen das Protokoll oder die Traktandenliste erhoben werden.

<sup>2</sup> Der Rat kann Änderungen der Traktandenliste beschliessen.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann Änderungen der Traktandenliste beschliessen.

#### Art. 54

##### Reihenfolge der Traktanden

<sup>1</sup> Die stadträtlichen Sachvorlagen werden zu Beginn eines Sitzungstags traktandiert, die Vorstösse und Vorstossantworten nach Departementen zusammengefasst im Anschluss.

#### Art. 55

##### Fraktionserklärung, persönliche Erklärung

<sup>1</sup> Zu Beginn jeder Ratsitzung oder unmittelbar nach Abschluss eines Geschäftes können Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen abgegeben werden.

<sup>1</sup> Zu Beginn jeder Parlamentssitzung oder unmittelbar nach Abschluss eines Geschäftes können Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen abgegeben werden.

#### Art. 56

##### Behandlung der Geschäfte

<sup>1</sup> Bei jedem zur Behandlung kommenden Geschäft erteilt die Präsidentin oder der Präsident das Wort:

- a. zuerst den Sprecherinnen oder Sprechern der vorberatenden Kommissionen beziehungsweise der Ratsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und nachher auf Verlangen deren Mitgliedern;
- b. bei Wahlen der Präsidentin oder dem Präsidenten der Interfraktionellen Konferenz und denjenigen Mitgliedern des Rates, die einen Antrag stellen.

- a. zuerst den Sprecherinnen oder Sprechern der vorberatenden Kommissionen beziehungsweise der Parlamentsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und nachher auf Verlangen deren Mitgliedern;
- b. bei Wahlen der Präsidentin oder dem Präsidenten der Interfraktionellen Konferenz und denjenigen Mitgliedern des Stadtparlaments, die einen Antrag stellen.

<sup>2</sup> Hierauf wird die Diskussion eröffnet.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleibt das Verfahren bei parlamentarischen Vorstössen.

<sup>4</sup> Bei unbestrittenen Geschäften kann mit Zustimmung des Rats auf eine Beratung verzichtet oder diese abgekürzt werden.

<sup>4</sup> Bei unbestrittenen Geschäften kann mit Zustimmung des Stadtparlaments auf eine Beratung verzichtet oder diese abgekürzt werden.

#### Art. 57

##### Allgemeine Diskussion

<sup>1</sup> In der Diskussion findet freies Wortbegehren statt. Die Präsidentin oder der Präsident erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldung. In begründeten Fällen kann von dieser Reihenfolge abgewichen werden.

<sup>2</sup> Über den gleichen Gegenstand kann ein Mitglied das Wort höchstens zweimal begehren; von dieser Beschränkung ausgenommen sind kurze Richtigstellungen.

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann in der Diskussion zu den Anträgen und zu den gefallenen Voten frei Stellung nehmen.

#### Art. 58

##### Rückweisung eines Geschäfts

<sup>1</sup> Weist der Grosse Gemeinderat ein Geschäft an den Stadtrat oder ein Ratsorgan zurück, so ist der Stadtrat oder das Ratsorgan verpflichtet, dem Grossen Gemeinderat innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Rückweisung an einen neuen Antrag zu unterbreiten. Der Rat kann die Rückweisung mit einem Auftrag verbinden.

<sup>2</sup> Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>1</sup> Weist das Stadtparlament ein Geschäft an den Stadtrat oder ein Parlamentsorgan zurück, so ist der Stadtrat oder das Parlamentsorgan verpflichtet, dem Stadtparlament innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Rückweisung an einen neuen Antrag zu unterbreiten. Das Stadtparlament kann die Rückweisung mit einem Auftrag verbinden.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

#### Art. 59

##### Teilnahme des Stadtrats

<sup>1</sup> Bei der Behandlung der stadträtlichen Sachvorlagen zu Anfang des Sitzungstags sind nach Möglichkeit alle Mitglieder des Stadtrates anwesend. Für die anschliessend traktandierten Vorstösse und Vorstossantworten kann der Stadtrat eine Vertretung bestimmen. Mindestens ein Stadratsmitglied muss anwesend sein.

<sup>2</sup> Stadratsmitglieder haben das Recht, Anträge zu stellen und an der Beratung teilzunehmen.

#### Art. 60

##### Rückzug von Geschäften durch den Stadtrat

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann Geschäfte bis vor der Behandlung im Rat zurückziehen.

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann Geschäfte bis vor der Behandlung im Stadtparlament zurückziehen.

#### Art. 61

##### Vernehmlassungsrecht des Stadtrates

<sup>1</sup> Vor der Beschlussfassung über Anträge oder Abänderungsanträge, die nicht vom Stadtrat ausgehen, ist diesem Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Stadtrat kann verlangen, dass ihm solche Anträge zur schriftlichen Vernehmlassung überwiesen werden.

#### Art. 62

##### Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Die Sitzungen des Grossen Gemeinderates sind öffentlich.

<sup>2</sup> Der Rat kann beim Vorliegen besonderer Gründe auf Begehren eines Mitgliedes oder des Stadtrates den Ausschluss der Öffentlichkeit beschliessen.

<sup>1</sup> Die Sitzungen des Stadtparlaments sind öffentlich.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann beim Vorliegen besonderer Gründe auf Begehren eines Mitgliedes oder des Stadtrates den Ausschluss der Öffentlichkeit beschliessen.

#### Art. 63

Medienberichterstattung, Aufnahmen auf Bild- und Tonträger

<sup>1</sup> Den Medienschaffenden werden auf Ersuchen im Ratssaal geeignete Plätze zugewiesen sowie die Einladungen zu den Ratsitzungen und die stadträtlichen Weisungen zugestellt. Das Gesuch ist an die Ratsleitung zu richten.

<sup>2</sup> Bild-, Tonaufnahmen und dergleichen dürfen im Ratssaal während der Sitzungen nur vorgenommen werden, wenn sie den Sitzungsbetrieb nicht stören und bei der Ratsleitung angemeldet worden sind. Über solche Anmeldungen ist der Rat zu Beginn der Sitzung zu orientieren.

#### Art. 64

Publikum

<sup>1</sup> Das Publikum hat sich jedes störenden Geräusches und jeder Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu enthalten.

<sup>2</sup> Die oder der Vorsitzende kann Personen, die dieses Gebot missachten, aus dem Sitzungssaal weisen und allenfalls die Tribüne räumen lassen. Damit kann die Polizei beauftragt werden.

## 5 Vorstösse, Fragestunde und Legislatorschwerpunkte

#### Art. 65

Allgemeines

<sup>1</sup> Den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates stehen folgende Arten von Vorstössen zur Verfügung: Parlamentarische Initiative, Motion, Postulat, Interpellation, Schriftliche Anfrage, Beschlussantrag, Budgetmotion und Budgetpostulat.

<sup>2</sup> Die Erstunterzeichnerin oder der Erstunterzeichner ist ermächtigt, Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge bis vor dem Überweisungsentscheid, Interpellationen bis vor der Behandlung im Rat zurückzuziehen. Schriftliche Anfragen können bis zu ihrer Beantwortung jederzeit zurückgezogen werden.

<sup>3</sup> Ein parlamentarischer Vorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben (Einheit der Materie).

<sup>4</sup> Parlamentarische Vorstösse sind klar abzufassen und von der Initiantin oder vom Initianten zu unterschreiben. Sie können der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten jederzeit schriftlich eingereicht werden. Ihr Wortlaut wird dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und darf im Laufe der Beratungen nur geändert werden, wenn dies die Geschäftsordnung ausdrücklich zulässt. Die Präsidentin oder der Präsident setzt eingegangene Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge auf die Traktandenliste einer der folgenden Sitzungen.

<sup>5</sup> Wird weder vom Stadtrat noch von einem Mitglied des Grossen Gemeinderats die sofortige Ablehnung beantragt, so findet keine Diskussion statt und der Vorstoss gilt als überwiesen.

<sup>6</sup> Falls die erstunterzeichnende Person dem Rat nicht mehr angehört, wird der Vorstoss von der nächsten mitunterzeichnenden Person vertreten. Wenn keine Mitunterzeichnenden vorhanden sind oder keine mehr dem Rat angehören, wird der Vorstoss durch ein Mitglied der Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person vertreten und sonst abgeschrieben. Die Vertretung umfasst auch das Recht zum Rückzug des Vorstosses.

#### Art. 65a

Parlamentarische Initiative, Begriff

<sup>1</sup> Mit einer Parlamentarischen Initiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung einer Rechtsverordnung oder eines Beschlusses des Grossen Gemeinderates oder der Gemeinde verlangt werden.

#### Art. 65b

Parlamentarische Initiative, Verfahren

<sup>1</sup> Eine Parlamentarische Initiative muss als ausgearbeiteter Entwurf eingereicht werden.

<sup>2</sup> Im Rat wird die Parlamentarische Initiative von der erstunterzeichnenden Person mündlich begründet.

<sup>3</sup> Wird die Initiative von mindestens 20 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt, überweist sie der Rat einer Kommission oder der Ratsleitung zur Antragstellung und Berichterstattung. Die Kommission oder die Ratsleitung kann sich mit Einverständnis des Stadtrats von Angestellten der Stadtverwaltung unterstützen lassen.

<sup>4</sup> Die Kommission oder die Ratsleitung überweist dem Stadtrat das Ergebnis ihrer Beratungen mit einem erläuternden Bericht zur Stellungnahme innert vier Monaten. Diese Frist kann durch den Rat einmalig um maximal vier Monate erstreckt werden.

<sup>5</sup> Anschliessend beschliesst die Kommission oder die Ratsleitung endgültig über ihren Antrag an den Rat. Sie kann eine Änderung des Initiativtextes beantragen.

<sup>1</sup> Den Medienschaffenden werden auf Ersuchen im Parlamentssaal geeignete Plätze zugewiesen sowie die Einladungen zu den Parlamentsitzungen und die stadträtlichen Weisungen zugestellt. Das Gesuch ist an die Parlamentsleitung zu richten.

<sup>2</sup> Bild-, Tonaufnahmen und dergleichen dürfen im Parlamentssaal während der Sitzungen nur vorgenommen werden, wenn sie den Sitzungsbetrieb nicht stören und bei der Parlamentsleitung angemeldet worden sind. Über solche Anmeldungen ist das Stadtparlament zu Beginn der Sitzung zu orientieren.

<sup>1</sup> Den Mitgliedern des Stadtparlaments stehen folgende Arten von Vorstössen zur Verfügung: Parlamentarische Initiative, Motion, Postulat, Interpellation, Schriftliche Anfrage, Beschlussantrag, Budgetmotion und Budgetpostulat.

<sup>2</sup> Die Erstunterzeichnerin oder der Erstunterzeichner ist ermächtigt, Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge bis vor dem Überweisungsentscheid, Interpellationen bis vor der Behandlung im Stadtparlament zurückzuziehen. Schriftliche Anfragen können bis zu ihrer Beantwortung jederzeit zurückgezogen werden.

<sup>4</sup> Parlamentarische Vorstösse sind klar abzufassen und von der Initiantin oder vom Initianten zu unterschreiben. Sie können der Parlamentspräsidentin oder dem Parlamentspräsidenten jederzeit schriftlich eingereicht werden. Ihr Wortlaut wird dem Stadtparlament und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und darf im Laufe der Beratungen nur geändert werden, wenn dies die Geschäftsordnung ausdrücklich zulässt. Die Präsidentin oder der Präsident setzt eingegangene Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge auf die Traktandenliste einer der folgenden Sitzungen.

<sup>5</sup> Wird weder vom Stadtrat noch von einem Mitglied des Stadtparlaments die sofortige Ablehnung beantragt, so findet keine Diskussion statt und der Vorstoss gilt als überwiesen.

<sup>6</sup> Falls die erstunterzeichnende Person dem Stadtparlament nicht mehr angehört, wird der Vorstoss von der nächsten mitunterzeichnenden Person vertreten. Wenn keine Mitunterzeichnenden vorhanden sind oder keine mehr dem Stadtparlament angehören, wird der Vorstoss durch ein Mitglied der Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person vertreten und sonst abgeschrieben. Die Vertretung umfasst auch das Recht zum Rückzug des Vorstosses.

<sup>1</sup> Mit einer Parlamentarischen Initiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung einer Rechtsverordnung oder eines Beschlusses des Stadtparlaments oder der Gemeinde verlangt werden.

<sup>2</sup> Im Stadtparlament wird die Parlamentarische Initiative von der erstunterzeichnenden Person mündlich begründet.

<sup>3</sup> Wird die Initiative von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern vorläufig unterstützt, überweist sie das Stadtparlament einer Kommission oder der Parlamentsleitung zur Antragstellung und Berichterstattung. Die Kommission oder die Parlamentsleitung kann sich mit Einverständnis des Stadtrats von Angestellten der Stadtverwaltung unterstützen lassen.

<sup>4</sup> Die Kommission oder die Parlamentsleitung überweist dem Stadtrat das Ergebnis ihrer Beratungen mit einem erläuternden Bericht zur Stellungnahme innert vier Monaten. Diese Frist kann durch das Stadtparlament einmalig um maximal vier Monate erstreckt werden.

<sup>5</sup> Anschliessend beschliesst die Kommission oder die Parlamentsleitung endgültig über ihren Antrag an das Stadtparlament. Sie kann eine Änderung des Initiativtextes beantragen.

<sup>6</sup> Liegen Antrag und Bericht vor, beschliesst der Grosse Gemeinderat an einer der nächsten Sitzungen darüber.

#### **Art. 66** Motion, Begriff

<sup>1</sup> Die Motion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussentwurf über einen Gegenstand vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde (Volksabstimmung) oder des Grossen Gemeinderates fällt.

#### **Art. 67** Motion, Verfahren

<sup>1</sup> Die Motion wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst, ob die Motion dem Stadtrat zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Motion entsprechen will. Stimmt der Rat zu, gilt sie als erheblich erklärt.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine Motion innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst der Grosse Gemeinderat endgültig über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion. Eine erheblich erklärte Motion ist für den Stadtrat verbindlich.

<sup>6</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates können in einer oder mehreren von der Präsidentin oder dem Präsidenten bezeichneten Kommissionen zuhanden des Grossen Gemeinderates vorberaten werden.

<sup>7</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an den Grossen Gemeinderat eine Änderung des Motionstextes beantragen.

<sup>8</sup> Der Stadtrat kann anstelle eines Berichtes auch sofort einen Beschlussentwurf vorlegen.

<sup>9</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert anderthalb Jahren zu entsprechen. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>10</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Motion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen.

#### **Art. 68** Dringliche Motion

<sup>1</sup> Sofern eine Motion mindestens zehn Tage vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Erstunterzeichnerin oder vom Erstunterzeichner kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt.

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird die Motion mündlich begründet.

<sup>3</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst, ob die dringliche Motion dem Stadtrat zu Berichterstattung und Antrag zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine überwiesene dringliche Motion innert vier Monaten Bericht zu erstatten. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag des Stadtrates vor, so beschliesst der Grosse Gemeinderat über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert zehn Monaten zu entsprechen. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 67 dieser Geschäftsordnung.

#### **Art. 69** Motion, Umwandlung

<sup>1</sup> Solange der Rat über die Überweisung der Motion noch nicht entschieden hat, ist das erstunterzeichnende Ratsmitglied berechtigt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Falls die erstunterzeichnende Person dem Rat nicht mehr angehört, entscheidet die nächste mitunterzeichnende Person, danach die Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person.

<sup>2</sup> Wird vor der Überweisung von einem Ratsmitglied oder vom Stadtrat ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat gestellt, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder.

#### **Art. 70** Postulat, Begriff

<sup>1</sup> Das Postulat bildet eine Aufforderung an den Stadtrat, einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand zu prüfen.

#### **Art. 71** Postulat, Verfahren

<sup>6</sup> Liegen Antrag und Bericht vor, beschliesst das Stadtparlament an einer der nächsten Sitzungen darüber.

<sup>1</sup> Die Motion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussentwurf über einen Gegenstand vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde (Volksabstimmung) oder des Stadtparlaments fällt.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob die Motion dem Stadtrat zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Motion entsprechen will. Stimmt das Stadtparlament zu, gilt sie als erheblich erklärt.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine Motion innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst das Stadtparlament endgültig über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion. Eine erheblich erklärte Motion ist für den Stadtrat verbindlich.

<sup>6</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates können in einer oder mehreren von der Präsidentin oder dem Präsidenten bezeichneten Kommissionen zuhanden des Stadtparlaments vorberaten werden.

<sup>7</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des Motionstextes beantragen.

<sup>9</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert anderthalb Jahren zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>10</sup> Das Stadtparlament beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Motion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen.

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird die Motion mündlich begründet.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob die dringliche Motion dem Stadtrat zu Berichterstattung und Antrag zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine überwiesene dringliche Motion innert vier Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag des Stadtrates vor, so beschliesst das Stadtparlament über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert zehn Monaten zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>1</sup> Solange das Stadtparlament über die Überweisung der Motion noch nicht entschieden hat, ist das erstunterzeichnende Parlamentsmitglied berechtigt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Falls die erstunterzeichnende Person dem Stadtparlament nicht mehr angehört, entscheidet die nächste mitunterzeichnende Person, danach die Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person.

<sup>2</sup> Wird vor der Überweisung von einem Parlamentsmitglied oder vom Stadtrat ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat gestellt, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder.

<sup>1</sup> Das Postulat wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst, ob das Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes Postulat innert zwölf Monaten Bericht zu erstatten. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>4</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt der Grosse Gemeinderat in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Der Grosse Gemeinderat kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Rat innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das Postulat erledigt.

#### Art. 72

##### Dringliches Postulat

<sup>1</sup> Sofern ein Postulat mindestens zehn Tage vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Erstunterzeichnerin oder vom Erstunterzeichner kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt.

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Ratsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird das Postulat mündlich begründet.

<sup>3</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst, ob das dringliche Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes dringliches Postulat innert acht Monaten Bericht zu erstatten. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt der Grosse Gemeinderat an der nächstmöglichen Sitzung in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Der Grosse Gemeinderat kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Rat innert drei Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das dringliche Postulat erledigt.

#### Art. 73

##### Interpellation, Begriff

<sup>1</sup> Die Interpellation bildet eine Anfrage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand, wobei über die Antwort im Rat eine Diskussion stattfinden kann.

#### Art. 74

##### Interpellation, Verfahren

<sup>1</sup> Die Interpellation ist von mindestens sechs Ratsmitgliedern zu unterzeichnen. Eine mündliche Begründung ist ausgeschlossen.

<sup>2</sup> Der Stadtrat hat eine Interpellation innert sechs Monaten nach der Einreichung zu beantworten.

<sup>3</sup> Eine Beschlussfassung über die Interpellation findet nicht statt.

#### Art. 75

##### Dringliche Interpellation

<sup>1</sup> Sofern eine Interpellation vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Interpellantin oder vom Interpellanten kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt.

<sup>2</sup> Stimmt die Mehrheit der Anwesenden dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, so hat der Stadtrat seine Antwort am Tage der Begründung, spätestens jedoch am nächsten Sitzungstag zu erteilen.

#### Art. 76

##### Schriftliche Anfrage, Begriff und Verfahren

<sup>1</sup> Die Schriftliche Anfrage bildet eine Frage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand, wobei eine mündliche Begründung ausgeschlossen ist.

<sup>2</sup> Der Stadtrat erteilt innert drei Monaten eine schriftliche Antwort. Eine Diskussion darüber findet im Rat nicht statt.

#### Art. 77

##### Beschlussantrag, Begriff

<sup>1</sup> Ein Beschlussantrag ist ein Antrag zu einem Gegenstand, der innerhalb des selbständigen Wirkungsbereiches des Grossen Gemeinderates liegt, wie beispielsweise die Geschäftsordnung des Rates, der Beizug von Sachverständigen oder die Einreichung einer Behördeninitiative.

#### Art. 78

##### Beschlussantrag, Verfahren

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob das Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes Postulat innert zwölf Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>4</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Stadtparlament innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das Postulat erledigt.

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird das Postulat mündlich begründet.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob das dringliche Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes dringliches Postulat innert acht Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>5</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament an der nächstmöglichen Sitzung in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Stadtparlament innert drei Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das dringliche Postulat erledigt.

<sup>1</sup> Die Interpellation bildet eine Anfrage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand, wobei über die Antwort im Stadtparlament eine Diskussion stattfinden kann.

<sup>1</sup> Die Interpellation ist von mindestens sechs Parlamentsmitgliedern zu unterzeichnen. Eine mündliche Begründung ist ausgeschlossen.

<sup>2</sup> Der Stadtrat erteilt innert drei Monaten eine schriftliche Antwort. Eine Diskussion darüber findet im Stadtparlament nicht statt.

<sup>1</sup> Ein Beschlussantrag ist ein Antrag zu einem Gegenstand, der innerhalb des selbständigen Wirkungsbereiches des Stadtparlaments liegt, wie beispielsweise die Geschäftsordnung Stadtparlaments, der Beizug von Sachverständigen oder die Einreichung einer Behördeninitiative.

<sup>1</sup> Der Beschlussantrag wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst, ob der Beschlussantrag der Ratsleitung oder einer Kommission zur Vorberatung und Antragstellung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Die Ratsleitung oder die bezeichnete Kommission hat innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Eine Fristerstreckung kann vom Rat bewilligt werden. Die Ratsleitung oder die Kommission kann mit ihrem Antrag an den Grossen Gemeinderat eine Änderung des vorgeschlagenen Beschlusstextes beantragen.

<sup>4</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst der Grosse Gemeinderat endgültig über den Beschlussantrag.

#### Art. 79

##### Budgetmotion, Begriff

<sup>1</sup> Die Budgetmotion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, dem Grossen Gemeinderat einen Beschlussentwurf für eine Änderung oder Ergänzung desjenigen Teils des Globalbudgets vorzulegen, der in die Zuständigkeit des Grossen Gemeinderates fällt.

#### Art. 80

##### Budgetmotion, Verfahren

<sup>1</sup> Eine von mindestens 20 Ratsmitgliedern unterzeichnete Budgetmotion geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht und Antrag erstattet.

<sup>2</sup> Budgetmotionen, welche auf das nächste Budget wirksam werden sollen, müssen bis spätestens Ende Februar eingereicht werden.

<sup>3</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates werden innert eineinhalb Monaten seit Verabschiedung durch den Stadtrat in einer von der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten bezeichneten Kommission zuhanden des Grossen Gemeinderates vorberaten. Die Präsidentin oder der Präsident kann diese Frist verlängern, wenn die Budgetmotion nicht bereits auf das nächste Budget wirksam werden soll.

<sup>4</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an den Grossen Gemeinderat eine Änderung des Motionstextes beantragen.

<sup>5</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangeht, ob die Budgetmotion erheblich zu erklären oder abzulehnen ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Budgetmotion entsprechen will. Stimmt der Rat zu, gilt sie damit als erheblich erklärt.

<sup>7</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Budgetmotion innert der im Antragstext enthaltenen Frist zu entsprechen. Der Grosse Gemeinderat kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>8</sup> Der Grosse Gemeinderat beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Budgetmotion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen.

#### Art. 81

##### Budgetpostulat

<sup>1</sup> Das Budgetpostulat bildet eine Aufforderung an den Stadtrat, eine Massnahme in seinem Zuständigkeitsbereich des Globalbudgets oder im Bereich der Planung zu prüfen.

#### Art. 82

##### Budgetpostulat, Verfahren

<sup>1</sup> Ein von mindestens 20 Ratsmitgliedern unterzeichnetes Budgetpostulat geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht erstattet.

<sup>2</sup> Budgetpostulate, welche auf das nächste Budget wirksam werden sollen, müssen bis spätestens Ende März eingereicht werden.

<sup>3</sup> Der Grosse Gemeinderat nimmt spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangehen, in zustimmendem oder ablehnendem Sinne vom Bericht des Stadtrats Kenntnis. Ein Ergänzungsbericht zu einem Budgetpostulat kann nicht verlangt werden. Mit der Kenntnisnahme durch den Grossen Gemeinderat ist das Budgetpostulat erledigt.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Beschlussantrag der Parlamentsleitung oder einer Kommission zur Vorberatung und Antragstellung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei.

<sup>3</sup> Die Parlamentsleitung oder die bezeichnete Kommission hat innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Eine Fristerstreckung kann vom Stadtparlament bewilligt werden. Die Parlamentsleitung oder die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des vorgeschlagenen Beschlusstextes beantragen.

<sup>4</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst das Stadtparlament endgültig über den Beschlussantrag.

<sup>1</sup> Die Budgetmotion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, dem Stadtparlament einen Beschlussentwurf für eine Änderung oder Ergänzung desjenigen Teils des Globalbudgets vorzulegen, der in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fällt.

<sup>1</sup> Eine von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern unterzeichnete Budgetmotion geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht und Antrag erstattet.

<sup>3</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates werden innert eineinhalb Monaten seit Verabschiedung durch den Stadtrat in einer von der Parlamentspräsidentin oder dem Parlamentspräsidenten bezeichneten Kommission zuhanden des Stadtparlaments vorberaten. Die Präsidentin oder der Präsident kann diese Frist verlängern, wenn die Budgetmotion nicht bereits auf das nächste Budget wirksam werden soll.

<sup>4</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des Motionstextes beantragen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangeht, ob die Budgetmotion erheblich zu erklären oder abzulehnen ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Budgetmotion entsprechen will. Stimmt das Stadtparlament zu, gilt sie damit als erheblich erklärt.

<sup>7</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Budgetmotion innert der im Antragstext enthaltenen Frist zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>8</sup> Das Stadtparlament beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Budgetmotion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen.

<sup>1</sup> Ein von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern unterzeichnetes Budgetpostulat geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht erstattet.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament nimmt spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangehen, in zustimmendem oder ablehnendem Sinne vom Bericht des Stadtrats Kenntnis. Ein Ergänzungsbericht zu einem Budgetpostulat kann nicht verlangt werden. Mit der Kenntnisnahme durch das Stadtparlament ist das Budgetpostulat erledigt.

#### Art. 82a

##### Jugendvorstoss

<sup>1</sup> Mindestens 50 Jugendliche zwischen dem vollendeten zwölften und dem vollendeten 18. Altersjahr, die gemäss § 1 lit. a des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Jugendvorstoss einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 26 Jugendlichen an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Jugendvorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Jugendvorstoss enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,
- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsergebnisse und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

#### **Art. 82b**

Jugendvorstoss, Verfahren

<sup>1</sup> Ein Jugendvorstoss ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 50 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentssitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Jugendvorstoss dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Jugendvorstoss innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Jugendvorstoss erledigt.

#### **Art. 82c**

Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern

<sup>1</sup> 100 oder mehr volljährige Ausländerinnen und Ausländer, die gemäss § 1 lit. a. des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) seit mindestens zwei Jahren eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 51 Ausländerinnen und Ausländern an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,
- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsergebnisse und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

#### **Art. 82d**

Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern, Verfahren

<sup>1</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 100 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentsitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern erledigt.

#### Art. 83

##### Fragestunde

<sup>1</sup> Es wird zweimal jährlich eine Fragestunde mit kurzen Fragen der Ratsmitglieder an den Stadtrat durchgeführt. Sie endet nach einer Stunde Dauer, sofern jedes Ratsmitglied Gelegenheit hatte, mindestens eine Frage zu stellen.

<sup>2</sup> Fragestellung und Antwort des Stadtrates erfolgen mündlich. Für die Reihenfolge der Behandlung ist der Eingang beim Parlamentsdienst beziehungsweise die Anmeldung in der Fragestunde massgeblich.

<sup>3</sup> Zuerst werden die beim Parlamentsdienst eingereichten Fragen behandelt, jedoch höchstens eine Frage pro Mitglied. Dann kommen die in der Fragestunde angemeldeten Fragen an die Reihe, jedoch nur von Mitgliedern, die noch keine Frage gestellt haben. Es folgen weitere beim Parlamentsdienst eingereichte Fragen. Schliesslich gelangen weitere in der Fragestunde angemeldete Fragen zur Behandlung.

<sup>4</sup> Fragen, die beim Parlamentsdienst eingereicht werden, sollen bis am Donnerstag der Vorwoche eintreffen.

<sup>1</sup> Es wird zweimal jährlich eine Fragestunde mit kurzen Fragen der Parlamentsmitglieder an den Stadtrat durchgeführt. Sie endet nach einer Stunde Dauer, sofern jedes Parlamentsmitglied Gelegenheit hatte, mindestens eine Frage zu stellen.

#### Art. 84

##### Legislaturschwerpunkte

<sup>1</sup> Der Stadtrat legt am Anfang der Amtsdauer dem Rat einen Bericht über seine Legislaturschwerpunkte vor. Er erstattet am Ende der Amtsdauer dem Rat Bericht über deren Umsetzung. Der Rat nimmt von diesen Berichten Kenntnis.

<sup>2</sup> Der Stadtrat zeigt im Bericht über die Umsetzung auf, welche in den Legislaturschwerpunkten festgehaltenen Ziele er erreicht hat und welche nicht.

<sup>1</sup> Der Stadtrat legt am Anfang der Amtsdauer dem Stadtparlament einen Bericht über seine Legislaturschwerpunkte vor. Er erstattet am Ende der Amtsdauer dem Stadtparlament Bericht über deren Umsetzung. Das Stadtparlament nimmt von diesen Berichten Kenntnis.

## 6 Bürgerrechtsgeschäfte

#### Art. 85

...

#### Art. 86

...

#### Art. 87

...

#### Art. 88

...

## 7 Schlussbestimmung

#### Art. 89

##### Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Geschäftsordnung ersetzt diejenige vom 6. Mai 2002. Sie wird nach Annahme durch den Grossen Gemeinderat von der Ratsleitung in Kraft gesetzt.

<sup>1</sup> Diese Geschäftsordnung ersetzt diejenige vom 6. Mai 2002. Sie wird nach Annahme durch das Stadtparlament von der Parlamentsleitung in Kraft gesetzt.

## 8 Übergangsbestimmung

#### Art. 90

##### Überführung ins neue Besoldungssystem gemäss Art. 4 Abs. 5

<sup>1</sup> Im Übergangsjahr erfolgt die Lohnerhöhung per 1. Januar 2019 statt 1. März und richtet sich nach dem Alter im Jahr 2019.

 Anhang 1: Lage im Lohnband / Einstufungstabelle gemäss Art. 4 Abs. 5



## 9. Nachtrag GeschO GGR / GGR-Nr. 2021.62

# Geschäftsordnung des Stadtparlaments \* (GeschO Parl)

vom 1. März 2010 (Stand 1. Januar 2022)

Gestützt auf Art. 28 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung erlässt das Stadtparlament folgende Geschäftsordnung: \*

### 1 Parlamentsorganisation \*

#### Art. 1 Parlamentsorgane \*

<sup>1</sup> Parlamentsorgane sind die Parlamentsleitung, die Kommissionen, die Fraktionen und die Interfraktionelle Konferenz. \*

#### Art. 2 Parlamentsleitung \*

<sup>1</sup> Die Parlamentsleitung besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, der ersten Vizepräsidentin oder dem ersten Vizepräsidenten, der zweiten Vizepräsidentin oder dem zweiten Vizepräsidenten und der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber. Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber hat beratende Stimme und ein Antragsrecht, jedoch kein Stimmrecht. \*

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung \*

- a. \* vertritt das Stadtparlament nach aussen;
- b. \* ist Ansprechpartnerin des Stadtrates für Belange, die das gesamte Stadtparlament betreffen;
- c. koordiniert die Tätigkeit der Kommissionen;
- d. \* kann bei Gegenständen im eigenen Wirkungsbereich des Stadtparlaments selbständig Antrag an das Stadtparlament stellen;
- e. \* erledigt Aufgaben, welche ihr vom Stadtparlament übertragen werden;
- f. \* budgetiert die Ausgaben des Stadtparlaments und bewilligt im Rahmen des Budgets Ausgaben im Einzelfall bis 40'000 Franken, vorbehältlich Art. 3 Abs. 2 lit. f. sowie Art. 4 Abs. 2 lit. d;
- g. setzt die Ausführungsprioritäten für die Finanzkontrolle gemäss Art. 12 Abs. 2;

h. \* ist zuständig für alle übrigen Aufgaben des Stadtparlaments, die nicht diesem oder einem anderen Parlamentsorgan übertragen sind.

<sup>3</sup> Die Parlamentsleitung kann Aufgaben an die Präsidentin oder den Präsidenten delegieren. \*

### Art. 3 Präsidentin, Präsident

<sup>1</sup> Die Amtsdauer der Parlamentspräsidentin oder des Parlamentspräsidenten und der beiden Vizepräsidentinnen oder -präsidenten beträgt ein Jahr. Sie werden vom Stadtparlament in der ersten Sitzung des Amtsjahres gewählt. Die abtretende Präsidentin oder der abtretende Präsident ist für das folgende Jahr nicht in die Parlamentsleitung wählbar. \*

<sup>2</sup> Die Präsidentin oder der Präsident:

- a. \* lädt zu den Sitzungen des Stadtparlaments und der Parlamentsleitung ein, traktandiert die Geschäfte, leitet diese Sitzungen und trifft die dazu erforderlichen Verfügungen;
- b. sorgt für die Befolgung der Geschäftsordnung, für die Einhaltung des parlamentarischen Anstandes und für Ordnung im Saal;
- c. überwacht und leitet die Tätigkeit der Stimmenzählenden;
- d. kann bei Ruhestörungen, wenn einer ausgesprochenen Ermahnung nicht nachgelebt wird, die Sitzung für eine von ihr oder ihm zu bestimmende Zeit oder überhaupt aufheben;
- e. weist die Sachvorlagen des Stadtrats einer oder mehreren Kommissionen zur Vorberatung und Antragstellung zu; in gleicher Weise können auch Vorstossbeantwortungen zugewiesen werden;
- f. \* kann im Rahmen des Budgets im Einzelfall Ausgaben bis 500 Franken bewilligen.

<sup>3</sup> Bei Verhinderung der Präsidentin oder des Präsidenten werden die Aufgaben von der ersten Vizepräsidentin oder vom ersten Vizepräsidenten und bei deren oder dessen Verhinderung von der zweiten Vizepräsidentin oder vom zweiten Vizepräsidenten ausgeübt. Besteht auch hier Verhinderung, so wählt das Stadtparlament einen Ersatz; die Wahl erfolgt unter Leitung des amtsältesten und an Jahren ältesten anwesenden Parlamentsmitglieds. \*

<sup>4</sup> Wünscht die oder der Vorsitzende als Mitglied des Stadtparlaments zu sprechen oder Anträge zu stellen, so übernimmt die Stellvertreterin oder der Stellvertreter den Vorsitz. \*

<sup>5</sup> Die Absätze 2 und 3 gelten sinngemäss für den Vorsitz in den Parlamentsorganen. \*

---

**Art. 4**      Parlamentsschreiberin,Parlamentsschreiber \*

<sup>1</sup> Die Amtsdauern der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers und der Stellvertreterin oder des Stellvertreters betragen vier Jahre. Beide werden vom Stadtparlament gewählt, welches das Datum des Amtsantritts bestimmt. Sind sie nicht Mitglied des Stadtparlaments, haben sie beratende Stimme. \*

<sup>2</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber: \*

- a. \* führt und organisiert den Parlamentsdienst und stellt dessen Mitarbeitende im Rahmen des Budgets an,
- b. \* berät die Parlamentsleitung und die Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten in rechtlichen Fragen und unterstützt die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Vorbereitung und Leitung der Parlamentssitzungen,
- c. \* berät die Parlamentsmitglieder bei der Ausarbeitung von Vorstössen und Initiativen,
- d. \* kann im Rahmen des Budgets im Einzelfall Ausgaben bis 25'000 Franken und jährlich wiederkehrend (oder entsprechende Einnahmehäufungen) bis Fr. 2'000 bewilligen,
- e. \* nimmt Anliegen der unabhängigen Aufsichtsstellen entgegen.

<sup>3</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber ist der Parlamentsleitung unterstellt. Diese regelt die Anstellungsbedingungen, sofern sie nicht vom Stadtparlament festgelegt wurden. \*

<sup>4</sup> Die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber wird in Lohnklasse 16 eingestuft. \*

<sup>5</sup> Die Lage im Lohnband ist abhängig vom Alter beim Amtsantritt und richtet sich nach der Einstufungstabelle im Anhang 1 (Kalenderjahr, in welchem das jeweilige Altersjahr vollendet wird). \*

<sup>6</sup> Das Stadtparlament kann auf Empfehlung der Spezialkommission bei speziell wenig oder speziell viel Erfahrung im Tätigkeitsbereich den Eintrittslohn im Lohnband um maximal drei Prozentpunkte tiefer oder höher festlegen. \*

<sup>7</sup> Lohnerhöhungen werden – unter Vorbehalt von Abs. 8 und Art. 90 – jährlich per 1. März gewährt. Bis und mit einer Lohnbandposition von 130 % beträgt die Lohnerhöhung 1 Prozentpunkt im Lohnband, anschliessend, ab einer Lohnbandposition von 131 %, beträgt die Lohnerhöhung 0.5 Prozentpunkte. Maximal ist eine Lohnbandposition von 141 % erreichbar. \*

<sup>8</sup> Wenn das Stadtparlament auf die Gewährung von Mitteln für Lohnanpassungen für die Angestellten der Stadtverwaltung verzichtet wird die jährliche Erhöhung gemäss Absatz 7 ausgesetzt. \*

<sup>9</sup> Der Beschäftigungsgrad beträgt 80 bis 100 Prozent und wird vom Stadtparlament unter Einbezug der Parlamentsschreiberin bzw. des Parlamentschreibers gleichzeitig mit der Neuwahl bzw. Wiederwahl auf Antrag der zuständigen Kommission festgesetzt. Der Beschäftigungsgrad kann nachträglich auf begründetes Gesuch mit Beschluss der Parlamentsleitung vorübergehend geändert werden. \*

<sup>10</sup> Für die Vorbereitung einer Neubesetzung wird eine Spezialkommission des Stadtparlaments eingesetzt. Das Stadtparlament wählt die Parlamentsschreiberin oder den Parlamentsschreiber auf Antrag der Kommission. Die Antragstellung für die Wiederwahl der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers obliegt der Parlamentsleitung. \*

<sup>11</sup> Die Präsidentin oder der Präsident führt mit der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber ein jährliches Beurteilungsgespräch durch. Die erste Vizepräsidentin oder der erste Vizepräsident nimmt mit beratender Stimme daran teil. \*

<sup>12</sup> Die Parlamentsleitung stellt Antrag für die Wahl und Wiederwahl der Stellvertreterin oder des Stellvertreters der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers. \*

#### **Art. 5**      Parlamentsdienst \*

<sup>1</sup> Der Parlamentsdienst besteht insbesondere aus der Parlamentsschreiberin oder dem Parlamentsschreiber, der Parlamentssekretärin oder dem Parlamentssekretär und den Protokollführerinnen und Protokollführern. \*

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst trägt die Verantwortung für die Sekretariats- und Kanzleiarbeiten des Stadtparlaments, der Parlamentsleitung, der parlamentarischen Kommissionen sowie der Interfraktionellen Konferenz. \*

<sup>3</sup> Dem Parlamentsdienst obliegt insbesondere: \*

- a. die Geschäftsverwaltung sowie die Ausfertigung, Publikation, Zustellung und Aufbewahrung der Akten,
- b. \* die Protokollführung im Stadtparlament, der Parlamentsleitung und den parlamentarischen Kommissionen,
- c. \* die Pflege der Webseite des Stadtparlaments sowie die Bereitstellung der nicht öffentlich zugänglichen Informationen im Extranet,
- d. \* die Rechnungsführung sowie die Erstellung von Budget und Rechnung des Stadtparlaments und des Parlamentsdienstes,

e. \* die Personaladministration der Parlamentsmitglieder.

<sup>4</sup> Für das Anstellungsverhältnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parlamentsdienstes kommt das städtische Personalrecht sinngemäss zur Anwendung, sofern das Stadtparlament keine spezifischen Bestimmungen erlassen hat. \*

**Art. 6** Weibelin, Weibel \*

<sup>1</sup>

Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes amtiert während den Parlamentssitzungen als Weibelin oder Weibel. In dieser Funktion unterstützt sie oder er die Parlamentsleitung administrativ bei der Vorbereitung und Durchführung der Parlamentssitzungen. \*

<sup>2</sup> ... \*

**Art. 7** Stimmzählende

<sup>1</sup> Das Stadtparlament wählt vier Stimmzählende für eine Amtsdauer von vier Jahren. Sie unterstützen die Parlamentsleitung bei der Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse. \*

<sup>2</sup> Auf die Wahl von Stimmzählenden kann verzichtet werden, wenn die Wahl- und Abstimmungsergebnisse auf elektronischem Weg ermittelt werden.

**Art. 8** Ständige Kommissionen

<sup>1</sup> Das Stadtparlament wählt als ständige Kommissionen \*

- a. \* die Aufsichtskommission mit elf Parlamentsmitgliedern, welche die Oberaufsicht über den Finanzhaushalt innehat;
- b. \* drei Sachkommissionen mit je neun Parlamentsmitgliedern.
- c. \* ...

<sup>2</sup> Die Aufsichtskommission ist für den Stadtrat und die Verwaltung als Ganzes, deren Querschnittsaufgaben sowie für die Eckdaten der mittelfristigen Planung und des Budgets zuständig. Im Übrigen werden der Aufsichts- und den Sachkommissionen ihre Sachbereiche durch Beschluss des Stadtparlaments zugewiesen, wobei in der Regel der Gliederung nach Departementen gefolgt werden soll. \*

<sup>3</sup> In den ihnen zugewiesenen Sachbereichen beraten die Aufsichtskommission und die Sachkommissionen einzelne Geschäfte, die mittelfristige Planung, das Budget und die Berichte des Stadtrats zuhanden des Stadtparlaments vor und beaufsichtigen die Tätigkeit von Stadtrat und Verwaltung. \*

#### **Art. 9** Nichtständige Kommissionen

<sup>1</sup> Das Stadtparlament kann für die Vorberatung umfangreicher Geschäfte auf Antrag des Stadtrates oder der Parlamentsleitung nichtständige Kommissionen einsetzen. \*

<sup>2</sup> Die nichtständigen Kommissionen bestehen aus fünf bis dreizehn Parlamentsmitgliedern. Das Stadtparlament setzt im Einzelfall die Zahl fest. \*

<sup>3</sup> Für die Untersuchungskommission gilt Art. 33 der Gemeindeordnung.

#### **Art. 10** Wahl und Konstituierung der Kommissionen

<sup>1</sup> Die Mitglieder und Präsidentinnen oder Präsidenten der Kommissionen werden vom Stadtparlament gewählt. Im Übrigen konstituieren sich die Kommissionen selber. \*

<sup>2</sup> Die Fraktionen haben das Recht, in den Kommissionen und in den Kommissionspräsidien gemäss ihrer Stärke im Stadtparlament vertreten zu sein. In der Aufsichtskommission hat jede Fraktion Anspruch auf mindestens einen Sitz. In den Sachkommissionen soll jeder Fraktion mindestens ein Sitz zustehen. \*

<sup>3</sup> Hat ein Mitglied ein Kommissionspräsidium während einer vollständigen Amtsdauer innegehabt, ist es für die folgende Amtsdauer nicht mehr als Präsidentin oder Präsident der gleichen Kommission wählbar.

<sup>4</sup> Hat ein Mitglied während zwei vollständigen aufeinander folgenden Amtsdauern einer ständigen Kommission angehört, so ist es für die folgende Amtsdauer nicht mehr in die gleiche Kommission wählbar.

<sup>5</sup> Ein Parlamentsmitglied darf gleichzeitig nur einer ständigen Kommission angehören. \*

#### **Art. 11** Mitberichtsverfahren der Kommissionen

<sup>1</sup> Jede ständige Kommission kann nach vorgängiger Orientierung der Parlamentspräsidentin bzw. des Parlamentspräsidenten zu einer Vorlage, welche einer anderen Kommission zugewiesen ist, einen Mitbericht abgeben. \*

---

**Art. 12** Befugnisse der Kommissionen

<sup>1</sup> Die Kommissionen erhalten Auskünfte vom Stadtrat und mit dessen Einverständnis von der Verwaltung. Mit Einwilligung des Stadtrates können sie die Akten einsehen.

<sup>2</sup> Die Kommissionen können der Finanzkontrolle Aufträge zur Untersuchung eines Gegenstands in ihrem Zuständigkeitsbereich erteilen. Stellt die Finanzkontrolle fest, dass ihre Kapazität für die Ausführung der anstehenden Kommissionsaufträge nicht ausreicht, teilt sie dies der Parlamentsleitung mit, welche die Priorität der Ausführung festlegt. \*

**Art. 13** Fraktionen

<sup>1</sup> Als Fraktion gilt eine Parteivertretung von mindestens vier Mitgliedern.

<sup>2</sup> Parlamentsmitglieder, die keiner Fraktion gemäss Abs. 1 angehören, können sich einer solchen anschliessen oder untereinander Fraktionen aus mindestens vier Mitgliedern bilden, wobei ein Parlamentsmitglied nur einer Fraktion angehören darf. \*

**Art. 14** Interfraktionelle Konferenz

<sup>1</sup> Die Fraktionen ordnen eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Interfraktionelle Konferenz ab. Diese wählt eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Im Übrigen konstituiert sie sich selbst.

<sup>2</sup> Die Interfraktionelle Konferenz bereitet die Wahlgeschäfte zuhanden des Stadtparlaments vor. \*

**Art. 15** Nichtöffentlichkeit der Sitzungen

<sup>1</sup> Die Sitzungen der Parlamentsorgane sind nicht öffentlich. \*

**2 Gemeinsame Bestimmungen**

**Art. 16** Geltungsbereich

<sup>1</sup> Wo nichts anderes festgelegt ist, gelten die Bestimmungen des II. und III. Abschnitts für das Stadtparlament und die Parlamentsorgane mit Ausnahme der Fraktionen. \*

**Art. 17** Entschädigungen

<sup>1</sup> Die Mitglieder und die Fraktionen beziehen eine Entschädigung, die vom Stadtparlament in einem Reglement festgelegt wird. \*

**Art. 18** Teilnahmepflicht

<sup>1</sup> Die Mitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen.

<sup>2</sup> Ist ein Mitglied verhindert, einer Sitzung beizuwohnen, so hat es sich bei der betreffenden Präsidentin oder beim betreffenden Präsidenten unter Angabe der Gründe zu entschuldigen.

<sup>3</sup> Zu Beginn jeder Parlamentssitzung wird durch den Weibeldienst ermittelt, welche Mitglieder anwesend sind; abwesende Mitglieder werden im Protokoll vermerkt. \*

**Art. 18a** \* Offenlegung von Interessenbindungen

<sup>1</sup> Beim Eintritt in das Stadtparlament unterrichtet jedes Mitglied die Parlamentsleitung schriftlich über: \*

- a. seine berufliche Tätigkeit;
- b. die Tätigkeit in Führungs- und Aufsichtsgremien von juristischen Personen, kommunalen, kantonalen, schweizerischen und ausländischen Anstalten sowie Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts;
- c. dauernde Leitungsfunktionen für kommunale, kantonale, schweizerische und ausländische Interessengruppen;
- d. die Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden.

<sup>2</sup> Änderungen sind von den Mitgliedern des Stadtparlaments zu Beginn jedes Amtsjahres anzugeben. Das Berufsgeheimnis bleibt vorbehalten. \*

<sup>3</sup> Der Parlamentsdienst erstellt ein Register über die Angaben der Parlamentsmitglieder und aktualisiert dieses. Dieses Register ist öffentlich. \*

<sup>4</sup> Die Parlamentsleitung wacht über die Einhaltung der Offenlegungspflichten. Sie kann die säumigen Parlamentsmitglieder auffordern, ihre Interessenbindungen mitzuteilen. \*

<sup>5</sup> Parlamentsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Geschäft unmittelbar betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich in einer Kommission oder im Stadtparlament äussern. Vorbehalten bleiben die Ausstandsregelungen gemäss Art. 19. \*

---

**Art. 19** Ausstandspflicht

<sup>1</sup> Ein Parlamentsmitglied, eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise eine beigezogene Person hat bei Beratungen und Abstimmungen in den Ausstand zu treten: \*

- a. \* wenn es sich um ein Geschäft handelt, bei dem das Parlamentsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person Vertragspartner der Stadt oder sonst unmittelbar persönlich beteiligt ist;
- b. \* wenn die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, die Eltern, ein Elternteil oder ein Kind des Parlamentsmitglieds, der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters des Parlamentsdienstes beziehungsweise der beigezogenen Person beteiligt im Sinne von Ziff. 1 ist;
- c. \* wenn eine natürliche oder juristische Person beziehungsweise eine einfache Gesellschaft Beteiligte im Sinne von Ziff. 1 und das Parlamentsmitglied, die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter des Parlamentsdienstes beziehungsweise die beigezogene Person mit der Geschäftsführung oder Vertretung der betreffenden Person oder Personenverbindung beauftragt ist.

<sup>2</sup> ... \*

<sup>3</sup> In Zweifelsfällen entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan über die Ausstandspflicht. \*

**Art. 20** Stellvertretung

<sup>1</sup> Ein an der Sitzungsteilnahme verhindertes Mitglied eines Parlamentsorgans ist berechtigt, sich durch ein anderes Mitglied seiner Fraktion vertreten zu lassen, welches ein Antrags-, Diskussions- und Stimmrecht besitzt. Für die Teilnahme an einer Sitzung bezieht die Stellvertretung die gleiche Entschädigung wie ein Mitglied. \*

**Art. 21** Hörerinnen, Hörer

<sup>1</sup> Fraktionen, die keine gewählte Vertretung in einer Kommission haben, können ein Fraktionsmitglied als Hörerin oder Hörer ohne Stimm-, hingegen mit Antrags- und Diskussionsrecht abordnen. Für die Teilnahme an einer Sitzung bezieht es die gleiche Entschädigung wie ein Mitglied.

**Art. 22** Amtsgeheimnis

<sup>1</sup> Mitglieder der Parlamentsorgane, Stellvertretende, Hörerinnen und Hörer sowie Mitarbeitende des Parlamentsdienstes und beigezogene Personen sind in Angelegenheiten, die dem Amtsgeheimnis unterstehen, zur Verschwiegenheit verpflichtet. \*

**Art. 23** Öffentlichkeitsarbeit

<sup>1</sup> Die einzelnen Parlamentsorgane orientieren die Öffentlichkeit über ihre Beschlüsse und den Stand ihrer Beratungen. Sie können im Einzelfall festlegen, dass die Öffentlichkeit erst nach Abschluss der Beratungen orientiert wird. \*

<sup>2</sup> Jedes Parlamentsorgan bestimmt ein für die Orientierung der Öffentlichkeit zuständiges Mitglied und regelt dessen Kompetenzen. \*

<sup>3</sup> Die übrigen Mitglieder, Stellvertretende und Hörerinnen oder Hörer äussern sich gegenüber der Öffentlichkeit erst nach der Orientierung durch das zuständige Mitglied.

<sup>4</sup> Mitarbeitenden des Parlamentsdienstes und beigezogenen Personen sind Äusserungen gegenüber der Öffentlichkeit nur mit ausdrücklicher Bewilligung des für die Orientierung der Öffentlichkeit zuständigen Mitglieds gestattet. \*

**Art. 24** Form der Voten

<sup>1</sup> Es wird Schriftdeutsch oder Schweizerdeutsch gesprochen.

<sup>2</sup> Die Sprechenden sind gehalten, sich in ihren Ausführungen kurz zu fassen. Wer sich zu weit vom Verhandlungsgegenstand entfernt, wird von der Präsidentin oder dem Präsidenten ermahnt, zur Sache zu sprechen.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament oder das Parlamentsorgan kann auf Antrag der Präsidentin oder des Präsidenten für einzelne Geschäfte eine Redezeitbeschränkung beschliessen. \*

**Art. 25** Ordnungsruf und Wortentzug

<sup>1</sup> Verletzt ein Mitglied den parlamentarischen Anstand, namentlich durch beleidigende Äusserungen gegenüber Mitgliedern des Stadtparlaments oder des Stadtrates, so hat es die Präsidentin oder der Präsident zur Ordnung zu rufen. \*

<sup>2</sup> Lässt sich ein Mitglied trotz Ordnungsruf in der gleichen Sitzung erneut eine Verletzung des parlamentarischen Anstandes zuschulden kommen, so entzieht ihm die Präsidentin oder der Präsident das Wort; das gleiche Recht besteht gegenüber Mitgliedern, welche die Mahnung, zur Sache zu sprechen, beharrlich missachten.

<sup>3</sup> Erhebt das betroffene Mitglied gegen den Ordnungsruf oder den Wortentzug Einspruch, so entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan ohne Diskussion. \*

**Art. 26** Mitwirkung des Stadtrates

<sup>1</sup> Auf Wunsch des Stadtrates oder der Parlamentsorgane nehmen Mitglieder des Stadtrates an den Beratungen teil. Der Stadtrat kann die Vertretung seiner Anträge vor den Parlamentsorganen städtischen Angestellten übertragen. \*

**Art. 27** Unterstützung von Stadtparlament und Parlamentsorganen \*

<sup>1</sup> ... \*

<sup>2</sup> Stadtparlament und Parlamentsorgane können zur Unterstützung externe Personen, beispielsweise Sachverständige, beiziehen. Im Falle des Bezugs städtischer Angestellter ist die Einwilligung des zuständigen Mitgliedes des Stadtrates erforderlich. \*

**Art. 28** Protokollführung im Stadtparlament \*

<sup>1</sup> Die Protokollführerin oder der Protokollführer führt ein gedrängtes, substantielles Verhandlungsprotokoll.

<sup>2</sup> Das Protokoll geht zur Prüfung an die Mitglieder der Parlamentsleitung, dann zur Genehmigung an das Stadtparlament und schliesslich zur Unterschrift an die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten. \*

<sup>3</sup> Wird das Protokoll von einem Mitglied des Stadtparlaments beanstandet, so entscheidet das Stadtparlament über die Einsprache. \*

<sup>4</sup> Für die Protokollführung im Stadtparlament beträgt die Entschädigung 41 Franken pro Sitzungsstunde exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. Für die Nachbearbeitung werden jeweils pauschal fünf zusätzliche Stunden pro Sitzungsstunde vergütet. \*

<sup>5</sup> Im Auftrag der Parlamentsschreiberin bzw. des Parlamentsschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. \*

#### **Art. 29** Protokoll der Parlamentsorgane \*

<sup>1</sup> Die Protokollführerin oder der Protokollführer eines Parlamentsorgans führt ein Protokoll, enthaltend: \*

- a. \* die Namen der an- und abwesenden Mitglieder, der anwesenden Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, der anwesenden Hörerinnen oder Hörer, der oder des Vorsitzenden, der Protokollführerin oder des Protokollführers sowie aller weiteren anwesenden Personen;
- b. \* die Bezeichnung der vorgelegten Geschäfte, die Abstimmungen, die Anträge, die Stimmzahl bei Auszählungen bzw. die Stimmverhältnisse, wenn in Sitzungen des Stadtparlaments keine Auszählung stattfindet sowie die formellen und materiellen Beschlüsse unter Angabe der wesentlichen Beweggründe der Mehr- und Minderheit.

<sup>2</sup> Die Protokolle der Parlamentsorgane sind nicht öffentlich. Je eine Ausfertigung des Protokolls wird jedem Mitglied der Parlamentsleitung, allen Mitgliedern des Parlamentsorgans, den Stellvertreterinnen oder Stellvertretern, den Hörerinnen oder Hörern, den Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten und den Mitgliedern des Stadtrates zugestellt. Zudem kann jedes Parlamentsmitglied das Protokoll im Extranet oder beim Parlamentsdienst einsehen. \*

<sup>3</sup> Vorgänge, die dem Amtsgeheimnis unterliegen, sind unter ausdrücklichem Hinweis darauf separat zu protokollieren. Das separate Protokoll wird allen Empfängerinnen und Empfängern gemäss Abs. 2 mit Ausnahme der Fraktionspräsidentinnen oder –präsidenten zugestellt. Es wird im Extranet nicht aufgeschaltet und kann beim Parlamentsdienst nicht eingesehen werden. \*

<sup>4</sup> Für die Protokollführung in den Kommissionen beträgt die Entschädigung 41 Franken pro Sitzungsstunde exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. Für die Nachbearbeitung werden jeweils pauschal drei zusätzliche Stunden pro Sitzungsstunde vergütet. \*

<sup>5</sup> Im Auftrag der Parlamentsschreiberin bzw. des Parlamentsschreibers ausgeführte, über die gewöhnliche Vor- und Nachbereitung der Sitzung hinausgehende Arbeiten geben dem jeweiligen Protokollführer bzw. der Protokollführerin Anrecht auf eine Entschädigung von 41 Franken pro Stunde Arbeitsaufwand exklusive Ferien- und Ruhetagezuschlag. Angebrochene Stunden werden auf die nächste Viertelstunde aufgerundet. \*

**Art. 30** Ausfertigung und Veröffentlichung

<sup>1</sup> ... \*

<sup>2</sup> Die amtliche Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt durch Insertion in den lokalen amtlichen Publikationsorganen, durch Anschlag im Stadthaus sowie durch Veröffentlichung auf der städtischen Website. Bei umfangreichen Beschlüssen werden nur die wichtigsten Teile des Dispositives veröffentlicht.

**Art. 31** Unterschriften

<sup>1</sup> Die Schreiben des Stadtparlaments, die erlassenen Verordnungen sowie die genehmigten Verträge und städtischen Rechnungen werden von der Präsidentin oder vom Präsidenten und von der Parlamentsschreiberin oder vom Parlamentsschreiber unterzeichnet. \*

<sup>2</sup> Protokollauszüge oder Anzeigen unterzeichnet die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber allein. \*

**Art. 32 \*** Elektronischer Versand

<sup>1</sup> Mitteilungen und Akten werden den Mitgliedern des Stadtparlaments und weiteren Interessierten grundsätzlich nur in elektronischer Form zugestellt. \*

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung kann generelle Ausnahmen vom elektronischen Versand vorsehen. Kommissionen können im Einzelfall beschliessen, dass Akten zusätzlich auf Papier verschickt werden. \*

**Art. 33** Rauchverbot

<sup>1</sup> In Sitzungen ist das Rauchen verboten.

**Art. 34** Einsprache

<sup>1</sup> Gegen Beschlüsse eines Parlamentsorgans mit Ausnahme der Anträge an das Stadtparlament ist Einsprache an das Stadtparlament möglich. Bei Entschieden über Ordnungsanträge ist der Einsprache die aufschiebende Wirkung entzogen. \*

**3 Wahlen, Anträge und Beschlüsse****Art. 35** Wahlen

<sup>1</sup> Das Verfahren bei Wahlen richtet sich nach dem kantonalen Recht.

<sup>2</sup> Die Parlamentsleitung amtet zusammen mit den Stimmzählenden als Wahlbüro. \*

**Art. 36** Offene und geheime Stimmabgabe

<sup>1</sup> Mit Ausnahme der Wahl der Parlamentspräsidentin oder des Parlamentspräsidenten und der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten erfolgen die vom Stadtparlament vorzunehmenden Wahlen und Abstimmungen offen, falls nicht ein Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder die geheime Stimmabgabe verlangt. \*

<sup>2</sup> Die offene Stimmabgabe erfolgt durch Handaufheben oder auf elektronischem Weg.

**Art. 37** Leitung der Abstimmung, Namensaufruf

<sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident leitet die Abstimmungen. Sie oder er erläutert die vorliegenden Anträge sowie das beabsichtigte Abstimmungsverfahren. Werden Einwendungen gegen die Abstimmungsart erhoben, so entscheidet das Stadtparlament beziehungsweise das Parlamentsorgan. \*

<sup>2</sup> Wird einem Antrag kein Gegenantrag gegenübergestellt, so kann von einer Abstimmung abgesehen werden. Der unbestrittene Antrag gilt in diesem Falle als Beschluss.

<sup>3</sup> Über Vorlagen, die der Gemeindeabstimmung unterliegen, ist jedoch immer ausdrücklich abzustimmen.

<sup>4</sup> Auf Verlangen von zwanzig Mitgliedern muss die Abstimmung im Stadtparlament unter Namensaufruf stattfinden. Die Namen der Abstimmenden werden mit der Stimmabgabe im Protokoll vermerkt. \*

---

**Art. 38** Schlussabstimmung bei artikel- oder abschnittsweiser Beratung

<sup>1</sup> Wird eine Vorlage artikel- oder abschnittsweise behandelt, so ist am Schluss der Beratung noch eine Abstimmung über das Ganze vorzunehmen.

**Art. 39** Anträge

<sup>1</sup> Anträge sind mündlich vorzubringen und auf Verlangen der Präsidentin oder des Präsidenten schriftlich einzureichen.

**Art. 40** Eventualabstimmungen

<sup>1</sup> Die Unterabänderungsanträge sind vor den Abänderungsanträgen und diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung zu bringen.

**Art. 41** Abstimmungsverfahren bei mehreren Hauptanträgen

<sup>1</sup> Sind mehr als zwei Hauptanträge vorhanden, so werden alle nebeneinander zur Abstimmung gebracht; dabei kann jedes Mitglied nur für einen dieser Anträge stimmen. Derjenige Antrag, der am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt, fällt aus der Abstimmung. Sodann wird zwischen den übrigbleibenden Anträgen abgestimmt und auf gleiche Weise fortgefahren, bis sich nur noch zwei Anträge gegenüber stehen.

<sup>2</sup> Erreicht ein Antrag in irgendeinem Umgang das absolute Mehr der anwesenden Mitglieder, ist er zum Beschluss erhoben.

**Art. 42** Grundsätzlich verschiedene Abänderungsanträge

<sup>1</sup> Werden zu einer Vorlage Abänderungsanträge gestellt, die auf einem abweichenden Grundgedanken beruhen und daher eine grundsätzlich verschiedene Ausführung bedingen, so kann nach Vornahme einer sich über das Ganze erstreckenden Beratung zunächst darüber entschieden werden, welche Auffassung oder welcher Entwurf der artikelweisen Beratung zugrunde gelegt werden soll.

**Art. 43** Feststellung des Mehrs

<sup>1</sup> Sofern nichts anderes bestimmt ist, entscheidet die Mehrheit der Stimmen.

<sup>2</sup> Bei der Abstimmung ist das Gegenmehr nur aufzunehmen, wenn die Mehrheit nicht sofort festgestellt werden kann oder wenn es ausdrücklich verlangt wird.

<sup>3</sup> Die Präsidentin oder der Präsident stimmt im Stadtparlament nicht mit. Ihr oder ihm obliegt bei Stimmgleichheit der Stichentscheid, verbunden mit dem Recht, diesen zu begründen. \*

<sup>4</sup> Bei der Ermittlung der Anwesenden im Stadtparlament wird die Präsidentin oder der Präsident nicht mitgezählt. \*

<sup>5</sup> In den Parlamentsorganen sind alle Mitglieder mit Einschluss der Präsidentin oder des Präsidenten zur Stimmabgabe verpflichtet. Bei Stimmgleichheit gilt derjenige Antrag als angenommen, für den die Präsidentin oder der Präsident gestimmt hat. \*

#### **Art. 44**      Ordnungsantrag

<sup>1</sup> Wird ein Ordnungsantrag gestellt, zum Beispiel ein Antrag auf Rückweisung, Verschiebung, Überweisung an eine Kommission oder Durchführung einer Eintretensdebatte, so wird die Beratung der Sache bis zur Erledigung des Ordnungsantrages ausgesetzt.

#### **Art. 45**      Antrag auf Abbruch der Diskussion

<sup>1</sup> Es kann in jedem Zeitpunkt der Abbruch der Diskussion beschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen.

In diesem Falle wird das Wort nur noch den Mitgliedern erteilt, die bereits vorher darum gebeten haben, sowie auf Verlangen den Sprecherinnen oder Sprechern der vorberatenden Kommissionen oder der Parlamentsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und des Stadtrates. \*

<sup>3</sup> Bei der Behandlung parlamentarischer Vorstösse steht das Wort überdies auch noch der Erstunterzeichnerin oder dem Erstunterzeichner zu.

#### **Art. 46**      Wiedererwägungsantrag

<sup>1</sup> Solange ein Geschäft in Beratung steht, können Beschlüsse in Wiedererwägung gezogen werden, sofern mindestens zehn Mitglieder im Stadtparlament oder die Mehrheit in einem Parlamentsorgan einen entsprechenden Antrag unterstützen. \*

<sup>2</sup> Wird ein Geschäft im Stadtparlament an einem Sitzungstag nicht zu Ende beraten, kann ein Beschluss eines vorangehenden Sitzungstags nur in Wiedererwägung gezogen werden, wenn zwei Drittel der anwesenden Mitglieder zustimmen. \*

#### **4 Parlamentssitzungen \***

##### **Art. 47** Konstituierung

<sup>1</sup> Das Stadtparlament versammelt sich jeweils im Monat Mai nach der Erneuerungswahl zur konstituierenden Sitzung; zu dieser wird durch den Stadtrat eingeladen. \*

<sup>2</sup> Das amtsälteste und an Jahren älteste anwesende Mitglied eröffnet zusammen mit dem an Jahren jüngsten anwesenden Mitglied die Sitzung. Sie bezeichnen provisorisch eine Parlamentsschreiberin oder einen Parlamentschreiber und vier Stimmezählende. \*

<sup>3</sup> Das Stadtparlament wählt an der konstituierenden Sitzung seine Organe und beschliesst über die Sachbereiche der ständigen Kommissionen. \*

<sup>4</sup> Er setzt auf Antrag der Interfraktionellen Konferenz für jede Amtsdauer gemäss Art. 10 Abs. 2 fest:

- a. die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den ständigen Kommissionen;
- b. die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den Kommissionspräsidien;
- c. den Schlüssel für die zahlenmässige Vertretung der Fraktionen in den nichtständigen Kommissionen.

<sup>5</sup> Bis zur konstituierenden Sitzung tagt das alte Stadtparlament. \*

##### **Art. 48** Einberufung

<sup>1</sup> Das Stadtparlament versammelt sich, so oft es die Geschäfte erfordern, auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten. Mit schriftlichem Begehren können der Stadtrat oder zehn Mitglieder des Stadtparlaments unter Angabe der Traktanden die Einberufung einer Sitzung verlangen. \*

**Art. 49** Neue Mitglieder

<sup>1</sup> Während der Amtsdauer nachrückende Mitglieder werden zu den Sitzungen eingeladen, sobald sie der Stadtrat als gewählt erklärt hat.

**Art. 50** Sitzungszeit

<sup>1</sup> Die Sitzungen finden in der Regel am Montagabend statt. Sie beginnen zu der von der Präsidentin oder vom Präsidenten angesetzten Zeit.

**Art. 51** Einladung

<sup>1</sup> Die Traktandenliste ist spätestens vier Tage vor der Sitzung in den lokalen amtlichen Publikationsorganen bekannt zu geben.

<sup>2</sup> Die Einladung ist mit der Traktandenliste den Mitgliedern des Stadtparlaments und des Stadtrates, dringliche Fälle vorbehalten, spätestens fünf Tage vor der Sitzung zuzustellen. \*

<sup>3</sup> Falls der in Abs. 2 enthaltenen Vorschrift bei einem Geschäft nicht Genüge geleistet werden kann, so ist die Behandlung auf eine spätere Sitzung zu verschieben, wenn ein entsprechender Antrag von zehn Mitgliedern unterstützt wird.

<sup>4</sup> Vom Zeitpunkt der Einladung an stehen die Akten den Parlamentsmitgliedern beim Parlamentsdienst zur Einsicht offen. Gleichzeitig liegt öffentlich das Protokoll auf, das zur Behandlung allfälliger Einsprachen traktandiert ist. \*

**Art. 52** Beschlussfähigkeit

<sup>1</sup> Das Stadtparlament ist beschlussfähig, wenn wenigstens 31 Mitglieder einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten anwesend sind. \*

<sup>2</sup> Wenn im Verlaufe einer Sitzung das Stadtparlament beschlussunfähig wird, ist der Namensaufruf vorzunehmen. Mitgliedern, die am Anfang der Sitzung zwar anwesend waren, aber beim Aufruf ohne genügende Entschuldigung fehlen, ist die Entschädigung zu kürzen. Dasselbe gilt bei Abstimmungen unter Namensaufruf. \*

**Art. 53** Tagesordnung

<sup>1</sup> Die Präsidentin oder der Präsident eröffnet die Sitzung und stellt fest, ob Einwände gegen das Protokoll oder die Traktandenliste erhoben werden.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann Änderungen der Traktandenliste beschliessen. \*

**Art. 54** Reihenfolge der Traktanden

<sup>1</sup> Die stadträtlichen Sachvorlagen werden zu Beginn eines Sitzungstags traktandiert, die Vorstösse und Vorstossantworten nach Departementen zusammengefasst im Anschluss.

**Art. 55** Fraktionserklärung, persönliche Erklärung

<sup>1</sup> Zu Beginn jeder Parlamentssitzung oder unmittelbar nach Abschluss eines Geschäftes können Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen abgegeben werden. \*

**Art. 56** Behandlung der Geschäfte

<sup>1</sup> Bei jedem zur Behandlung kommenden Geschäft erteilt die Präsidentin oder der Präsident das Wort:

- a. \* zuerst den Sprecherinnen oder Sprechern der vorberatenden Kommissionen beziehungsweise der Parlamentsleitung, falls diese das Geschäft vorberaten hat, und nachher auf Verlangen deren Mitgliedern;
- b. \* bei Wahlen der Präsidentin oder dem Präsidenten der Interfraktionellen Konferenz und denjenigen Mitgliedern des Stadtparlaments, die einen Antrag stellen.

<sup>2</sup> Hierauf wird die Diskussion eröffnet.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleibt das Verfahren bei parlamentarischen Vorstössen.

<sup>4</sup> Bei unbestrittenen Geschäften kann mit Zustimmung des Stadtparlaments auf eine Beratung verzichtet oder diese abgekürzt werden. \*

**Art. 57** Allgemeine Diskussion

<sup>1</sup> In der Diskussion findet freies Wortbegehren statt. Die Präsidentin oder der Präsident erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldung. In begründeten Fällen kann von dieser Reihenfolge abgewichen werden.

<sup>2</sup> Über den gleichen Gegenstand kann ein Mitglied das Wort höchstens zweimal begehren; von dieser Beschränkung ausgenommen sind kurze Richtigstellungen.

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann in der Diskussion zu den Anträgen und zu den gefallenen Voten frei Stellung nehmen.

**Art. 58** Rückweisung eines Geschäfts

<sup>1</sup> Weist das Stadtparlament ein Geschäft an den Stadtrat oder ein Parlamentsorgan zurück, so ist der Stadtrat oder das Parlamentsorgan verpflichtet, dem Stadtparlament innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Rückweisung an einen neuen Antrag zu unterbreiten. Das Stadtparlament kann die Rückweisung mit einem Auftrag verbinden. \*

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

**Art. 59** Teilnahme des Stadtrats

<sup>1</sup> Bei der Behandlung der stadträtlichen Sachvorlagen zu Anfang des Sitzungstags sind nach Möglichkeit alle Mitglieder des Stadtrates anwesend. Für die anschliessend traktandierten Vorstösse und Vorstossantworten kann der Stadtrat eine Vertretung bestimmen. Mindestens ein Stadratsmitglied muss anwesend sein.

<sup>2</sup> Stadratsmitglieder haben das Recht, Anträge zu stellen und an der Beratung teilzunehmen.

**Art. 60** Rückzug von Geschäften durch den Stadtrat

<sup>1</sup> Der Stadtrat kann Geschäfte bis vor der Behandlung im Stadtparlament zurückziehen. \*

**Art. 61** Vernehmlassungsrecht des Stadtrates

<sup>1</sup> Vor der Beschlussfassung über Anträge oder Abänderungsanträge, die nicht vom Stadtrat ausgehen, ist diesem Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Der Stadtrat kann verlangen, dass ihm solche Anträge zur schriftlichen Vernehmlassung überwiesen werden.

**Art. 62** Öffentlichkeit

<sup>1</sup> Die Sitzungen des Stadtparlaments sind öffentlich. \*

<sup>2</sup> Das Stadtparlament kann beim Vorliegen besonderer Gründe auf Begehren eines Mitgliedes oder des Stadtrates den Ausschluss der Öffentlichkeit beschliessen. \*

**Art. 63** Medienberichterstattung, Aufnahmen auf Bild- und Tonträger

<sup>1</sup> Den Medienschaffenden werden auf Ersuchen im Parlamentssaal geeignete Plätze zugewiesen sowie die Einladungen zu den Parlamentssitzungen und die stadträtlichen Weisungen zugestellt. Das Gesuch ist an die Parlamentsleitung zu richten. \*

<sup>2</sup> Bild-, Tonaufnahmen und dergleichen dürfen im Parlamentssaal während der Sitzungen nur vorgenommen werden, wenn sie den Sitzungsbetrieb nicht stören und bei der Parlamentsleitung angemeldet worden sind. Über solche Anmeldungen ist das Stadtparlament zu Beginn der Sitzung zu orientieren. \*

**Art. 64** Publikum

<sup>1</sup> Das Publikum hat sich jedes störenden Geräusches und jeder Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu enthalten.

<sup>2</sup> Die oder der Vorsitzende kann Personen, die dieses Gebot missachten, aus dem Sitzungssaal weisen und allenfalls die Tribüne räumen lassen. Damit kann die Polizei beauftragt werden.

## 5 Vorstösse, Fragestunde und Legislatorschwerpunkte

**Art. 65** Allgemeines

<sup>1</sup> Den Mitgliedern des Stadtparlaments stehen folgende Arten von Vorstössen zur Verfügung: Parlamentarische Initiative, Motion, Postulat, Interpellation, Schriftliche Anfrage, Beschlussantrag, Budgetmotion und Budgetpostulat. \*

<sup>2</sup> Die Erstunterzeichnerin oder der Erstunterzeichner ist ermächtigt, Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge bis vor dem Überweisungsentscheid, Interpellationen bis vor der Behandlung im Stadtparlament zurückzuziehen. Schriftliche Anfragen können bis zu ihrer Beantwortung jederzeit zurückgezogen werden. \*

<sup>3</sup> Ein parlamentarischer Vorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben (Einheit der Materie).

<sup>4</sup> Parlamentarische Vorstösse sind klar abzufassen und von der Initiantin oder vom Initianten zu unterschreiben. Sie können der Parlamentspräsidentin oder dem Parlamentspräsidenten jederzeit schriftlich eingereicht werden. Ihr Wortlaut wird dem Stadtparlament und dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und darf im Laufe der Beratungen nur geändert werden, wenn dies die Geschäftsordnung ausdrücklich zulässt. Die Präsidentin oder der Präsident setzt eingegangene Parlamentarische Initiativen, Motionen, Postulate und Beschlussanträge auf die Traktandenliste einer der folgenden Sitzungen. \*

<sup>5</sup> Wird weder vom Stadtrat noch von einem Mitglied des Stadtparlaments die sofortige Ablehnung beantragt, so findet keine Diskussion statt und der Vorstoss gilt als überwiesen. \*

<sup>6</sup> Falls die erstunterzeichnende Person dem Stadtparlament nicht mehr angehört, wird der Vorstoss von der nächsten mitunterzeichnenden Person vertreten. Wenn keine Mitunterzeichnenden vorhanden sind oder keine mehr dem Stadtparlament angehören, wird der Vorstoss durch ein Mitglied der Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person vertreten und sonst abgeschrieben. Die Vertretung umfasst auch das Recht zum Rückzug des Vorstosses. \*

#### **Art. 65a** \* Parlamentarische Initiative, Begriff

<sup>1</sup> Mit einer Parlamentarischen Initiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung einer Rechtsverordnung oder eines Beschlusses des Stadtparlaments oder der Gemeinde verlangt werden. \*

#### **Art. 65b** \* Parlamentarische Initiative, Verfahren

<sup>1</sup> Eine Parlamentarische Initiative muss als ausgearbeiteter Entwurf eingereicht werden.

<sup>2</sup> Im Stadtparlament wird die Parlamentarische Initiative von der erstunterzeichnenden Person mündlich begründet. \*

<sup>3</sup> Wird die Initiative von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern vorläufig unterstützt, überweist sie das Stadtparlament einer Kommission oder der Parlamentsleitung zur Antragstellung und Berichterstattung. Die Kommission oder die Parlamentsleitung kann sich mit Einverständnis des Stadtrats von Angestellten der Stadtverwaltung unterstützen lassen. \*

<sup>4</sup> Die Kommission oder die Parlamentsleitung überweist dem Stadtrat das Ergebnis ihrer Beratungen mit einem erläuternden Bericht zur Stellungnahme innert vier Monaten. Diese Frist kann durch das Stadtparlament einmalig um maximal vier Monate erstreckt werden. \*

<sup>5</sup> Anschliessend beschliesst die Kommission oder die Parlamentsleitung endgültig über ihren Antrag an das Stadtparlament. Sie kann eine Änderung des Initiativtextes beantragen. \*

<sup>6</sup> Liegen Antrag und Bericht vor, beschliesst das Stadtparlament an einer der nächsten Sitzungen darüber. \*

**Art. 66** Motion, Begriff

<sup>1</sup> Die Motion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, einen Beschlussentwurf über einen Gegenstand vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde (Volksabstimmung) oder des Stadtparlaments fällt. \*

**Art. 67** Motion, Verfahren

<sup>1</sup> Die Motion wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob die Motion dem Stadtrat zu überweisen oder sofort abzulehnen sei. \*

<sup>3</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Motion entsprechen will. Stimmt das Stadtparlament zu, gilt sie als erheblich erklärt. \*

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine Motion innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst das Stadtparlament endgültig über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion. Eine erheblich erklärte Motion ist für den Stadtrat verbindlich. \*

<sup>6</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates können in einer oder mehreren von der Präsidentin oder dem Präsidenten bezeichneten Kommissionen zuhanden des Stadtparlaments vorberaten werden. \*

<sup>7</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des Motionstextes beantragen. \*

<sup>8</sup> Der Stadtrat kann anstelle eines Berichtes auch sofort einen Beschlussentwurf vorlegen.

<sup>9</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert anderthalb Jahren zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>10</sup> Das Stadtparlament beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Motion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen. \*

#### **Art. 68** Dringliche Motion

<sup>1</sup> Sofern eine Motion mindestens zehn Tage vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Erstunterzeichnerin oder vom Erstunterzeichner kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt. \*

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird die Motion mündlich begründet. \*

<sup>3</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob die dringliche Motion dem Stadtrat zu Berichterstattung und Antrag zu überweisen oder sofort abzulehnen sei. \*

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über eine überwiesene dringliche Motion innert vier Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>5</sup> Liegen Bericht und Antrag des Stadtrates vor, so beschliesst das Stadtparlament über die Erheblichkeit oder Ablehnung der Motion. \*

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Motion innert zehn Monaten zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>7</sup> Im Übrigen gelten die Bestimmungen von Art. 67 dieser Geschäftsordnung.

#### **Art. 69** Motion, Umwandlung

<sup>1</sup> Solange das Stadtparlament über die Überweisung der Motion noch nicht entschieden hat, ist das erstunterzeichnende Parlamentsmitglied berechtigt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Falls die erstunterzeichnende Person dem Stadtparlament nicht mehr angehört, entscheidet die nächste mitunterzeichnende Person, danach die Fraktion oder Partei der erstunterzeichnenden Person. \*

<sup>2</sup> Wird vor der Überweisung von einem Parlamentsmitglied oder vom Stadtrat ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat gestellt, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder. \*

**Art. 70** Postulat, Begriff

<sup>1</sup> Das Postulat bildet eine Aufforderung an den Stadtrat, einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand zu prüfen.

**Art. 71** Postulat, Verfahren

<sup>1</sup> Das Postulat wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob das Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei. \*

<sup>3</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes Postulat innert zwölf Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>4</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Stadtparlament innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das Postulat erledigt. \*

**Art. 72** Dringliches Postulat

<sup>1</sup> Sofern ein Postulat mindestens zehn Tage vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Erstunterzeichnerin oder vom Erstunterzeichner kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt. \*

<sup>2</sup> Stimmen mindestens zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, wird das Postulat mündlich begründet. \*

<sup>3</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob das dringliche Postulat dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei. \*

<sup>4</sup> Der Stadtrat hat über ein überwiesenes dringliches Postulat innert acht Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>5</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament an der nächstmöglichen Sitzung in zustimmendem oder ablehnendem Sinne Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der dem Stadtparlament innert drei Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist das dringliche Postulat erledigt. \*

#### **Art. 73** Interpellation, Begriff

<sup>1</sup> Die Interpellation bildet eine Anfrage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand, wobei über die Antwort im Stadtparlament eine Diskussion stattfinden kann. \*

#### **Art. 74** Interpellation, Verfahren

<sup>1</sup> Die Interpellation ist von mindestens sechs Parlamentsmitgliedern zu unterzeichnen. Eine mündliche Begründung ist ausgeschlossen. \*

<sup>2</sup> Der Stadtrat hat eine Interpellation innert sechs Monaten nach der Einreichung zu beantworten.

<sup>3</sup> Eine Beschlussfassung über die Interpellation findet nicht statt.

#### **Art. 75** Dringliche Interpellation

<sup>1</sup> Sofern eine Interpellation vor Sitzungsbeginn mit dem Antrag auf Dringlicherklärung beim Parlamentsdienst und der Präsidentin oder dem Präsidenten eingereicht wird, lässt sie oder er zu Beginn der Sitzung über die Dringlicherklärung abstimmen. Die Dringlichkeit ist von der Interpellantin oder vom Interpellanten kurz zu begründen. Eine Diskussion über die Dringlichkeit findet nicht statt. \*

<sup>2</sup> Stimmt die Mehrheit der Anwesenden dem Antrag auf Dringlicherklärung zu, so hat der Stadtrat seine Antwort am Tage der Begründung, spätestens jedoch am nächsten Sitzungstag zu erteilen.

---

**Art. 76** Schriftliche Anfrage, Begriff und Verfahren

<sup>1</sup> Die Schriftliche Anfrage bildet eine Frage an den Stadtrat über einen in den Aufgabenkreis der Stadt fallenden Gegenstand, wobei eine mündliche Begründung ausgeschlossen ist.

<sup>2</sup> Der Stadtrat erteilt innert drei Monaten eine schriftliche Antwort. Eine Diskussion darüber findet im Stadtparlament nicht statt. \*

**Art. 77** Beschlussantrag, Begriff

<sup>1</sup> Ein Beschlussantrag ist ein Antrag zu einem Gegenstand, der innerhalb des selbständigen Wirkungskreises des Stadtparlaments liegt, wie beispielsweise die Geschäftsordnung Stadtparlaments, der Beizug von Sachverständigen oder die Einreichung einer Behördeninitiative. \*

**Art. 78** Beschlussantrag, Verfahren

<sup>1</sup> Der Beschlussantrag wird mündlich begründet.

<sup>2</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Beschlussantrag der Parlamentsleitung oder einer Kommission zur Vorberatung und Antragstellung zu überweisen oder sofort abzulehnen sei. \*

<sup>3</sup> Die Parlamentsleitung oder die bezeichnete Kommission hat innert sechs Monaten vom Zeitpunkt der Überweisung an Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen. Eine Fristerstreckung kann vom Stadtparlament bewilligt werden. Die Parlamentsleitung oder die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des vorgeschlagenen Beschlusstextes beantragen. \*

<sup>4</sup> Liegen Bericht und Antrag vor, so beschliesst das Stadtparlament endgültig über den Beschlussantrag. \*

**Art. 79** Budgetmotion, Begriff

<sup>1</sup> Die Budgetmotion bildet einen Auftrag an den Stadtrat, dem Stadtparlament einen Beschlussentwurf für eine Änderung oder Ergänzung desjenigen Teils des Globalbudgets vorzulegen, der in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fällt. \*

**Art. 80** Budgetmotion, Verfahren

<sup>1</sup> Eine von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern unterzeichnete Budgetmotion geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht und Antrag erstattet. \*

<sup>2</sup> Budgetmotionen, welche auf das nächste Budget wirksam werden sollen, müssen bis spätestens Ende Februar eingereicht werden.

<sup>3</sup> Der Antrag und der Bericht des Stadtrates werden innert eineinhalb Monaten seit Verabschiedung durch den Stadtrat in einer von der Parlamentspräsidentin oder dem Parlamentspräsidenten bezeichneten Kommission zuhanden des Stadtparlaments vorberaten. Die Präsidentin oder der Präsident kann diese Frist verlängern, wenn die Budgetmotion nicht bereits auf das nächste Budget wirksam werden soll. \*

<sup>4</sup> Die Kommission kann mit ihrem Antrag an das Stadtparlament eine Änderung des Motionstextes beantragen. \*

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangeht, ob die Budgetmotion erheblich zu erklären oder abzulehnen ist. \*

<sup>6</sup> Der Stadtrat kann erklären, dass er einer Budgetmotion entsprechen will. Stimmt das Stadtparlament zu, gilt sie damit als erheblich erklärt. \*

<sup>7</sup> Der Stadtrat hat einer erheblich erklärten Budgetmotion innert der im Antragstext enthaltenen Frist zu entsprechen. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken. \*

<sup>8</sup> Das Stadtparlament beschliesst über die Abschreibung einer erheblich erklärten Budgetmotion. Bis zu diesem Zeitpunkt ist sie im Geschäftsbericht aufzuführen. \*

**Art. 81** Budgetpostulat

<sup>1</sup> Das Budgetpostulat bildet eine Aufforderung an den Stadtrat, eine Massnahme in seinem Zuständigkeitsbereich des Globalbudgets oder im Bereich der Planung zu prüfen.

**Art. 82** Budgetpostulat, Verfahren

<sup>1</sup> Ein von mindestens 20 Parlamentsmitgliedern unterzeichnetes Budgetpostulat geht an den Stadtrat, welcher innert zwei Monaten seit Einreichung Bericht erstattet. \*

<sup>2</sup> Budgetpostulate, welche auf das nächste Budget wirksam werden sollen, müssen bis spätestens Ende März eingereicht werden.

<sup>3</sup> Das Stadtparlament nimmt spätestens an seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien, welche dem zu ändernden oder ergänzenden Budget vorangehen, in zustimmendem oder ablehnendem Sinne vom Bericht des Stadtrats Kenntnis. Ein Ergänzungsbericht zu einem Budgetpostulat kann nicht verlangt werden. Mit der Kenntnisnahme durch das Stadtparlament ist das Budgetpostulat erledigt. \*

**Art. 82a \*** Jugendvorstoss

<sup>1</sup> Mindestens 50 Jugendliche zwischen dem vollendeten zwölften und dem vollendeten 18. Altersjahr, die gemäss § 1 lit. a. des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Jugendvorstoss einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 26 Jugendlichen an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Jugendvorstoss darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Jugendvorstoss enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,
- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsresultate und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

**Art. 82b \*** Jugendvorstoss, Verfahren

<sup>1</sup> Ein Jugendvorstoss ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 50 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentssitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Jugendvorstoss dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Jugendvorstoss innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Jugendvorstoss erledigt.

#### **Art. 82c \*** Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern

<sup>1</sup> 100 oder mehr volljährige Ausländerinnen und Ausländer, die gemäss § 1 lit. a. des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) seit mindestens zwei Jahren eine Niederlassung in Winterthur begründen, können dem Stadtparlament einen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern einreichen.

<sup>2</sup> Der Antrag und die Begründung werden von mindestens 51 Ausländerinnen und Ausländern an einer physischen Versammlung beschlossen. Die restlichen Unterschriften können auch nachträglich eingeholt werden.

<sup>3</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern darf nur einen einzigen Gegenstand zum Inhalt haben. Dieser muss in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallen.

<sup>4</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern enthält folgende Angaben:

- a. einen Titel, einen Antrag und eine Begründung des Vorstosses,

- b. eine Unterschriftenliste mit Vor- und Nachnamen, Adressen, Geburtsdaten und Unterschriften der Unterzeichnenden,
- c. die Bezeichnung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung,
- d. ein Beschlussprotokoll der Versammlung, an welcher der Vorstoss beschlossen wurde. Das Protokoll enthält die Anträge, die Abstimmungsresultate und führt die anwesenden Personen mit Namen und Adressen auf.

<sup>5</sup> Eine Mehrheit der Einreichenden kann den Vorstoss schriftlich zurückziehen, solange er vom Stadtparlament noch nicht an den Stadtrat überwiesen worden ist.

**Art. 82d \*** Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern, Verfahren

<sup>1</sup> Ein Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern ist in schriftlicher Form beim Parlamentsdienst einzureichen.

<sup>2</sup> Der Parlamentsdienst lässt bei der Einwohnerkontrolle die Berechtigung der unterzeichnenden Personen überprüfen. Die Einwohnerkontrolle nimmt die Überprüfung innert 30 Tagen vor und teilt das Ergebnis dem Parlamentsdienst schriftlich mit.

<sup>3</sup> Enthält der Vorstoss mindestens 100 gültige Unterschriften, wird er dem Stadtparlament sowie dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht und an einer der folgenden Parlamentssitzungen traktandiert.

<sup>4</sup> Die Vertreterin oder der Vertreter der Versammlung, an der der Vorstoss beschlossen wurde, oder die bezeichnete Stellvertretung hat das Recht, den Vorstoss im Stadtparlament kurz mündlich zu begründen.

<sup>5</sup> Das Stadtparlament beschliesst, ob der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern dem Stadtrat zur Berichterstattung zu überweisen oder sofort abzuschreiben ist.

<sup>6</sup> Der Stadtrat hat über einen überwiesenen Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern innert sechs Monaten Bericht zu erstatten. Das Stadtparlament kann die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

<sup>7</sup> Liegt der Bericht des Stadtrates vor, so nimmt das Stadtparlament in zustimmendem oder ablehnendem Sinn Kenntnis davon. Das Stadtparlament kann einen Ergänzungsbericht verlangen, der innert sechs Monaten zur endgültigen Kenntnisnahme im zustimmenden oder ablehnenden Sinne vorzulegen ist. Mit der Kenntnisnahme ist der Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern erledigt.

**Art. 83 Fragestunde**

<sup>1</sup> Es wird zweimal jährlich eine Fragestunde mit kurzen Fragen der Parlamentsmitglieder an den Stadtrat durchgeführt. Sie endet nach einer Stunde Dauer, sofern jedes Parlamentsmitglied Gelegenheit hatte, mindestens eine Frage zu stellen. \*

<sup>2</sup> Fragestellung und Antwort des Stadtrates erfolgen mündlich. Für die Reihenfolge der Behandlung ist der Eingang beim Parlamentsdienst beziehungsweise die Anmeldung in der Fragestunde massgeblich. \*

<sup>3</sup> Zuerst werden die beim Parlamentsdienst eingereichten Fragen behandelt, jedoch höchstens eine Frage pro Mitglied. Dann kommen die in der Fragestunde angemeldeten Fragen an die Reihe, jedoch nur von Mitgliedern, die noch keine Frage gestellt haben. Es folgen weitere beim Parlamentsdienst eingereichte Fragen. Schliesslich gelangen weitere in der Fragestunde angemeldete Fragen zur Behandlung. \*

<sup>4</sup> Fragen, die beim Parlamentsdienst eingereicht werden, sollen bis am Donnerstag der Vorwoche eintreffen. \*

**Art. 84 Legislatorschwerpunkte**

<sup>1</sup> Der Stadtrat legt am Anfang der Amtsdauer dem Stadtparlament einen Bericht über seine Legislatorschwerpunkte vor. Er erstattet am Ende der Amtsdauer dem Stadtparlament Bericht über deren Umsetzung. Das Stadtparlament nimmt von diesen Berichten Kenntnis. \*

<sup>2</sup> Der Stadtrat zeigt im Bericht über die Umsetzung auf, welche in den Legislatorschwerpunkten festgehaltenen Ziele er erreicht hat und welche nicht.

**6 Bürgerrechtsgeschäfte**

**Art. 85–88 \* ...**

---

## 7 Schlussbestimmung

### **Art. 89** Inkrafttreten

<sup>1</sup> Diese Geschäftsordnung ersetzt diejenige vom 6. Mai 2002. Sie wird nach Annahme durch das Stadtparlament von der Parlamentsleitung in Kraft gesetzt. \*

## 8 Übergangsbestimmung \*

### **Art. 90 \*** Überführung ins neue Besoldungssystem gemäss Art. 4 Abs. 5

<sup>1</sup> Im Übergangsjahr erfolgt die Lohnerhöhung per 1. Januar 2019 statt 1. März und richtet sich nach dem Alter im Jahr 2019.